

Frankfurt/Main, 30. Mai bis 1. Juni 2014

Anträge zum 5. Bundeskongress der VVN-BdA

Antrag Nr. 1: Bundesausschuss der VVN-BdA

Die Gefahr des Neofaschismus und was dagegen zu tun ist

Nationalistische, rassistische und antisemitische Vorstellungen sind in Deutschland weit verbreitet. Offene Feindseligkeit richtet sich, unterstützt durch Medien und Äußerungen von Politikern demokratischer Parteien, in letzter Zeit besonders gegen muslimische Migrant_innen und Flüchtlinge sowie Roma.

Diese Einstellungsmuster sind das Potential für zahlreiche aktive neofaschistische Organisationen, die überwiegend legal operieren können. Ihre Tolerierung, zumindest ihre Duldung, durch Staat und Behörden ermöglicht es ihnen, ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten, politische Gegner und Menschen, die aus ihrer Sicht »Volksfeinde« sind, anzugreifen und ihre organisatorischen Strukturen weiter zu entwickeln.

Ihre hauptsächlich Erscheinungsformen stellen sich zur Zeit wie folgt dar:

Parteien

Die NPD ist nach wie vor die größte und wichtigste Wahlpartei des Neofaschismus. Sie verfügt als einzige über Mandate in Landtagen und zahlreichen Kommunalparlamenten, was die Basis für ihren hauptamtlichen Kaderstamm bildet.

Der vom Bundesrat eingeleitete Verbotantrag gegen die NPD ist daher von sehr großer Bedeutung

für die Entwicklung des neofaschistischen Lagers insgesamt. Im Zuge dieses Verfahrens wird aufs Neue juristisch ausgekämpft, was legal »gesagt werden darf«.

Militanter Neofaschismus

Es existieren zahlreiche Gruppen gewaltbereiter Neonazis, die unterschiedlich gut organisiert sind. In ihrem Auftreten imitieren sie zum Teil linke autonome Gruppen. Sie sind, z. T. in Zusammenarbeit mit der NPD, in der Lage, regelmäßig an vielen Orten in Deutschland Aufmärsche durchzuführen, die oft nur mit großer Mühe durch demokratische Kräfte eingeschränkt werden können. Aus der militanten Szene heraus wird derzeit versucht, sich als »Die Rechte« auch parteiförmig zu organisieren.

Terroristischer Neofaschismus

Eine große Anzahl von gewaltbereiten Neofaschisten ist untergetaucht. Das gemahnt an die Täter des NSU, die ein Jahrzehnt unbehelligt morden konnten. Trotz des Prozesses und mehrerer parlamentarischer Untersuchungsausschüsse zu den Verbrechen des NSU sind wichtige Fragen noch nicht geklärt. Endgültig klar wurde hingegen, dass die sogenannten Verfassungsschutz-Behörden Teil des Problems und nicht der Lösung sind.

Publizistik und kultureller Bereich

Rechte und neofaschistische Publikationen und Medien sind im Aufwind. An den Kiosken nimmt ihre Anzahl zu. Neue Zielgruppen werden durch pseudolinke und verschwörungstheoretische Zeitschriften (v. a. »Compact«) erschlossen. Die Anzahl und die Verbreitung kriegsverherrlichender Magazine steigt ebenfalls an. Ebenso nehmen Rechte Online-Medien an Zahl und Bedeutung zu.

Rechtspopulismus

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern sind rechts- und nationalpopulistische Parteien in Deutschland bislang relativ erfolglos. Dies könnte sich durch die Gründung der AfD in naher Zukunft entscheidend ändern, die u. a. durch ein Netzwerk rechtspopulistischer Initiativen entstanden und somit Teil der rechten Szene ist. Im Erfolgsfall wird die AfD deutliche Auswirkungen auf die konservativ-demokratischen Parteien auch auf die NPD haben.

Folgerungen für die Arbeit der VVN-BdA:

Gruppen und Aktivist_innen der VVN-BdA sind in örtlichen und regionalen Initiativen gegen rechts verbindendes Glied zwischen den

verschiedenen Milieus und Generationen der Nazi-Gegner.

Der Kampf gegen die NPD wird bis zum Verbot fortgesetzt, insbesondere in ihren regionalen Schwerpunkten. Dem von der VVN-BdA am 21. Juni gegen den Parteiverlag »Deutsche Stimme« initiierten Aktionstag in Riesa kommt deshalb eine große Bedeutung zu.

Das Logo unserer Kampagne »nonpd – NPD-Verbot jetzt!« hat weit über den Rahmen unserer Organisation hinaus große Verbreitung gefunden. Deshalb verwenden wir es weiter offensiv.

Den Parteienstatus der Organisation »Die Rechte« bestreiten wir öffentlich und drängen auf ihr Verbot als Verein.

Die AfD wird als Teil des rechten Lagers dargestellt und als neue deutschnationale Bewegung kritisiert.

Die Methode »Blockade« gegen Neonazi-Aufmärsche wird weiter verbreitet und genutzt. Im Zuge von Blockaden juristisch Betroffene erfahren unsere Solidarität.

Anwohnerinitiativen gegen Flüchtlingsheime, die z. T. neofaschistisch unterwandert sind, treten wir entschieden entgegen.

Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus wird auch unabhängig von Neonazi-Aktivitäten betrieben. Wichtiges Instrument dafür ist die neue Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland«, die es uns erlaubt, speziell mit Gewerkschaften zusammenzuarbeiten.

Antrag Nr. 2: Bundesausschuss der VVN-BdA Geschichtspolitik, Gedenken und Erinnern

Bei der Gestaltung einer Zukunft in Frieden und Freiheit, für Demokratie, Selbstbestimmung und Menschenrechte im 21. Jahrhundert bleibt das Gedenken und die Erinnerung an Widerstand und Verfolgung und an die Millionen Opfer des Faschismus eine immer währende Herausforderung. Am 8. Mai, am Tag der Befreiung, wird in vielen Ländern Europas dieser Opfer ebenso gedacht wie aller, die dem faschistischen Terror mutig und entschlossen entgegengetreten

sind. Der 8. Mai ist und bleibt der gemeinsame Bezugspunkt aller Antifaschist_innen in Europa. In großer Sorge wenden wir uns gegen die anhaltende und sich ausweitende Neubewertung der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Losgelöst von historischen Kontexten wird eine Kontinuität politischer Verfolgung im Faschismus und Kommunismus im 20. Jahrhundert beschworen. Unterschiedliche Erinnerungskulturen werden »antitotalitär« politisch instrumentalisiert.

Dieser geschichtsrevisionistische Ansatz vermischt Ursachen und Wirkungen, verwischt Kausalitäten und Verantwortlichkeiten. Ergebnis dieser geschichtspolitisch verordneten Einflussnahme ist ein dem historischen Kontext weit entrückter und über unterschiedliche Epochen schwebender Opferbegriff. Opfer und Täter werden so beliebig austauschbar. Zugleich wird darin der Versuch erkennbar, eine neue europäische »Meistererzählung« zu schaffen und damit die Vergangenheit für gegenwärtige politische Ziele viel stärker und eindeutiger als bisher zu instrumentalisieren. Inzwischen stößt die »antitotalitäre **Fortsetzung Seite 2**

Anträge (die fettgedruckten finden sich auf den folgenden Seiten)

Antrag 1 Neofaschismus

Antrag 2 Geschichte

Antrag 3 Rassismus

Antrag 4 Antiziganismus

Antrag 5 Nie wieder Krieg

Antrag 6 Bespitzelung beenden

Antrag 7 Deutschland muss zahlen

Antrag 8 Kinder des Widerstands

Antrag 9 Oktoberfestattentat

Antrag 10 Strukturkommission

Antrag 11 Goldstein

Fortsetzung von Seite 1 Erinnerungskultur« auf eine wachsende Zustimmung und Anwendung und hinterlässt in Ausstellungen und Denkmälern bereits sichtbare Spuren.

- Gemeinsam mit den internationalen und nationalen Lagerarbeitsgemeinschaften, den Opferverbänden und weiteren gedenkpolitischen Initiativen wird die VVN-BdA zu einer gemeinsamen Beratung und Verständigung zu den Folgen »antitotalitärer Erinnerungskultur« einladen.

Wir benötigen eine kritische Gedenk- und Erinnerungskultur. Die junge Generation ist weniger mit Ritualen und Ermahnungen zu erreichen. Geschichtsbewusstsein benötigt das Wissen um das Geschehene und den vergleichenden Blick auf das heute: Was ist da ähnlich? Bei der Auseinandersetzung mit dem Naziregime ist danach zu fragen, was für Schlüsse aus den Erfahrungen von Widerstand und Verfolgung im heutigen Alltag zu ziehen sind, z. B. mit Blick auf Handlungsmöglichkeiten unter den Bedingungen von Krisen, im Hinblick auf Gegenstrategien gegen Rassismus und Neonazismus sowie den Umgang mit Menschen- und Bürgerrechten. Ein »neues Geschichtsbewusstsein« sollte die Komplexität individueller Alltagsentscheidungsmöglichkeiten in der NS-Zeit und die Spielräume für eigenverantwortliches Handeln vermitteln.

Es ist zu fragen, wie neue Erkenntnisse Zugang zu den Multiplikatoren in Schulen und Jugendarbeit finden und wie sich schulische und außer-

schulische Akteure stärker vernetzen können. Woran liegt es, dass in Schulen der Arbeiterwiderstand im Gegensatz zum bürgerlichen und militärischen selten thematisiert wird? Und dies, obwohl Menschen aus unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung die ersten waren, die aktiv Widerstand gegen das NS-Regime leisteten.

- Eine Zusammenkunft zur Gegenwart und Zukunft antifaschistischer Gedenk- und Erinnerungspolitik für unseren Verband sollte in 2015 diese Fragen aufnehmen und in einen kontinuierlichen Austausch münden. Die künftige Handlungsfähigkeit und Ausstrahlung unserer Organisation hängt auch davon ab, wie wir die gesellschaftliche Debatte zu diesen Fragen anregen und als Akteur wahrgenommen werden.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten tritt dafür ein,

- den 27. Januar, den Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee, als europaweiten Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und des Holocaust in Europa zu begehen. Zugleich wenden wir uns gegen die Einführung eines europaweiten »Gedenktags für die Opfer aller totalitärer und autoritärer Diktaturen« am 23. August.

- die Opfer faschistischer Gewaltverbrechen in Griechenland, Italien und in allen anderen im Zweiten Weltkrieg okkupierten Ländern sofort zu entschädigen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die dafür

erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen und den Aufbau von Gedenkstätten, die an die Verbrechen der deutschen Faschisten in diesen Ländern erinnern, zu fördern und langfristig zu unterstützen.

- dass die von den internationalen und nationalen Häftlingskomitees bevollmächtigten Nachfolger, die Lagerarbeitsgemeinschaften und Freundeskreise (auch der zweiten und dritten Generation) in den Beiräten und Beratungsgremien der Gedenkstätten Sitz und Stimme und ein Mitspracherecht haben.

- die durch zivilgesellschaftliche Initiativen angeregten, geschaffenen und oftmals auch betreuten regionalen Gedenkstätten zu den frühen Konzentrationslagern, den Außenlagern von Konzentrations- und Zwangsarbeiterlagern sowie an Orten und Gebäuden, die an Widerstand und Verfolgung erinnern, zu erhalten, wo nötig zu rekonstruieren und finanziell vom Bund, den Ländern und den Kommunen zu erhalten und zu fördern.

- alle Initiativen, die durch eine länderübergreifende und europaweite Zusammenarbeit mit gedenk- und erinnerungspolitischen Initiativen zum Aufbau einer europäischen Gedenkkultur beitragen, zu unterstützen.

- am 20. Juli den deutschen Widerstand in seiner Breite und Vielfalt zu würdigen. Wir begrüßen die Forschungen und Publikationen zum gewerkschaftlichen Widerstand und unterstützen alle Initiativen, dem Widerstand aus der Arbeiterbewegung ein größeres öffentliches Forum zu geben.

- einen Wettbewerb für ein Denkmal auszuloben, das an den politischen Widerstand gegen das Naziregime erinnert. Wir begrüßen die Initiativen, die sich für ein öffentliches Gedenken an die Millionen sowjetischer und polnischer Kriegsgefangener und Zivilist_innen einsetzen, die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges wurden.

- den Deserteuren der mörderischen Kriege Denkmäler zu setzen.

- der in sowjetischer Emigration verhafteten, deportierten, ermordeten und in Gefängnissen und im Gulag verstorbenen deutschen Antifaschist_innen zu gedenken und erinnern.

- verstärkt das Gespräch mit Jugendlichen zu suchen, die Vermittlung der Geschichte von Widerstand und Verfolgung mit ihren Fragen und Erfahrungen zu verbinden, den Bogen zu rassistischen Vorurteilen und Verhaltensweisen, zu Neonazismus, Alltagsrassismus aus der Mitte der Gesellschaft zu schlagen.

- im Bündnis und Zusammenarbeit mit Migrant_innen, antirassistischen und antifaschistischen Initiativen eine Gedenk- und Erinnerungskultur für die seit 1990 von Neonazis und Rassisten ermordeten Menschen zu entwickeln.

- die Stolpersteine für die Opfer weiterhin zu verbreiten und sie durch Mahntafeln, die die Täter anklagen, zu ergänzen, und zwar auch die Täter aus den ökonomischen Eliten.

- die Wissenschaftsfreiheit für die Erforschung der Verbindung von Kapitalismus und Faschismus zu verteidigen und die Diffamierung dieser Erforschung durch Verfassungsschutzberichte zurückzuweisen.

Antrag Nr. 4: Bundesausschuss der VVN-BdA

Antiziganismus zurückweisen – Solidarität mit Sinti und Roma

In ihrer berüchtigten Wildbad-Kreuther Klausur hat die CSU bereits klargestellt, »wer betrügt, der fliegt« und damit Bezug genommen auf das Schreckgespenst der »Einwanderung in unsere Sozialsysteme« – obwohl es keine Belege für dieses angebliche Problem gibt. Vielerorts rotten sich Anwohner-Initiativen mit Nazis zusammen, um zu verhindern, dass Zuwanderer und Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft Unterkunft finden. Die rassistischen Mobilisierungen, Anschläge und Übergriffe, die sich in vielen deutschen Städten und Gemeinden abspielen, machen deutlich, auf welchen Boden die offiziöse deutsch-nationale und sozialchauvinistische Propaganda fällt.

Die Menschen, um die es dabei vordergründig geht, sind zunächst Rumänen und Bulgaren - angeblich alle Roma. Damit wird das uralte antiziganistische Stereotyp reaktiviert, das seit Jahrhunderten für Sinti und Roma Stigmatisierung, Ausgrenzung und Verfolgung bedeutete und bis zur Vernichtung von 500.000 Menschen ihrer Minderheit im Holocaust führte. Nach 1945 wurde den Überlebenden von amtlichen Gutachtern, die häufig selbst für die Deportation verantwortlich gewesen waren, attestiert, die sei nicht aus rassistischen Gründen, sondern zur »Kriminalprävention« geschehen, sie seien also nicht als Opfer des Faschismus anzusehen, ihr Leid nicht anzuerkennen.

An dem Tag, an dem nach 20-jährigem Kampf das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma in Berlin eingeweiht wurde, forderte der Innenminister die Aufhebung der Visumfreiheit für Menschen aus Serbien und Mazedonien und machte klar, dass er auch die letzten Roma-Flüchtlinge des Jugoslawien-Krieges und seiner Folgen abschieben will. Die antiziganistische Hetze wendet sich auch gegen die deutschen Sinti und Roma. Im Bundestags-Wahlkampf 2013 waren überall NPD-Plakate mit dem Slogan »Geld für die Oma, nicht für Sinti und Roma« zu sehen. Die Strafanzeigen der Verbände der Minderheit wurden sämtlich zurückgewiesen.

Wir stehen an der Seite der Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti und Roma und unterstützen ihre Forderung nach Anerkennung als kulturelle Minderheit. Dazu gehört der respektvolle Umgang in allen gesellschaftlichen Bereichen.

- Wir fordern alle verantwortlichen Politiker und die Medien auf, ihre Sprache und die dahinterstehende Haltung zu überprüfen und von antiziganistischen Stereotypen und entsprechenden Äußerungen Abstand zu nehmen.

- Wir fordern eine deutliche öffentliche Zurückweisung antiziganistischer Propaganda. Das Delikt der Volksverhetzung ist in diesem Sinne zu präzisieren.

Antrag Nr. 5: Bundesausschuss der VVN-BdA und Landesvereinigung NRW Nie wieder Krieg! NATO und Bundeswehr stoppen!

Im Sommer 2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal und der des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal. Die Kriegsschuld lag jedes Mal bei Deutschland. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes hat seit ihrer Gründung 1946 daraus den Schluss gezogen, dass Deutschland die Verantwortung erkennen muss und nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen dürfe. Es gilt, eine breite Friedensbewegung und umfassende antifaschistisch-antimilitaristische Bewegung zu schaffen.

Allerdings ist Krieg inzwischen wieder zum Mittel deutscher Politik geworden, egal in welcher Regierungskoalition. In der »Sicherheitspolitik« Deutschlands ist auch 15 Jahre nach dem Serbien-Krieg kein Umdenken erkennbar. Die Große Koalition hat in ihrem Regierungsprogramm weitere neue Kriegseinsätze auf dem Plan. Es heißt, Deutschland solle mehr »Verantwortung« übernehmen, »auch militärische«, gemeint ist: Kriege führen.

Deutschland ist nach wie vor nicht frei von Atomwaffen, geplant ist sogar die Erneuerung atomarer Waffen.

In Europa ist eine gefährliche Lage entstanden.

An der gefährlichen Lage in Osteuropa tragen die deutsche Regierung, die EU und die NATO eine erhebliche Mitschuld. Die Bündnisfreiheit der Ukraine wird in scharfmacherischer Weise in Frage gestellt. Die EU-Assoziierung der Ukraine ist kein Beitrag zur Entspannung. Mit großer Sorge sieht die VVN-BdA die innenpolitische Entwicklung in der Ukraine. Mit massiver Unterstützung aus dem Westen ist es rechtsextremen, antisemitischen und faschistischen Gruppierungen wie »Svoboda« oder dem »Rechten Sektor« ermöglicht worden, zu einem bestimmenden Faktor in der Ukraine zu werden und Schlüsselpositionen zu besetzen. Doch es muss eine Verhandlungslösung gefunden werden. Die NATO und EU müssen die Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation genauso ernst nehmen wie die der Ukraine.

Wir sagen: Keine Gewalt! Reden ist besser als schießen.

Wir fordern von der Bundesregierung die Beendigung der antirussischen Kampagne sowie den Stopp des Aufbaus des sogenannten Raketenschirms auf deutschem Boden. Dieser Schirm entsteht in Ramstein (von wo aus die USA ihren Drohnenkrieg führen) und in Kalkar/Uedem (wo die NATO und die BRD den Drohnenkrieg vorbereiten).

Wir verlangen den Stopp der Aufrüstung mit Kampfdrohnen und neuen US-amerikanischen Atombomben in Büchel – denn dies kann von Russland nur als Bedrohung betrachtet werden.

Und wir betonen: Es gibt kein Recht auf »humanitäre Interventionen«, keine »responsibility to protect«, mit der sie nun wieder drohen. Die VVN-BdA hat mit der Friedensbewegung gegen so oder ähnlich begründete Militäraktionen eindeutig Position bezogen, z. B. im NATO-Krieg gegen Jugoslawien, dem Afghanistan- und Irak-Krieg, dem Luftkrieg gegen Libyen oder dem Kriegseinsatz in Mali. Wir fordern die Auflösung der NATO und die Abschaffung der militärischen Strukturen der EU. Stattdessen muss ein System gegenseitiger Sicherheit entwickelt werden.

Die innere Militarisierung der Gesellschaft stoppen!

Der Aufbau der »Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte« (RSU) als »Heimatschutz« zeigt, in welche Richtung die Ausrichtung der Bundeswehr zielt: Die neue Reservisten-Truppe ist für den nationalen Einsatz ausgebildet

und soll im Bedarfsfall auch gegen Streikende eingesetzt werden können. Die Bundeswehr soll sogar mit Kriegswaffen im Inneren kämpfen dürfen. Weiterhin fördern Reservisten-Verbände Militarismus. Wir fordern die Auflösung der Reservisten-Truppe »Heimatschutz«. Forschung an Hochschulen zu Rüstungszwecken ist zu verbieten, Zivilklauseln sind an allen Bildungseinrichtungen verbindlich einzuführen.

Die VVN-BdA fordert die Landesregierungen auf, Programme zur Rüstungskonversion zu entwickeln und die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) im Inland abzuschaffen. Die Landesregierungen sollen im Bundesrat in Erfüllung des Art. 87 a GG und 115a GG gegen alle Auslandseinsätze wirken.

Kein Werben fürs Töten und Sterben!

Die Bundeswehr wird zum »Arbeitgeber« verniedlicht und wirbt ihren Nachwuchs in Schulen, Hochschulen, Arbeitsagenturen und auf Berufsbildungsmessen. Die Tendenz zum Staat im Staat vergrößert sich, Militarismus ist weiterhin salonfähig. Wir fordern die Kündigung der Kooperationsverträge der Landesregierungen mit der Bundeswehr. Bundeswehr-Werbung hat in Schulen und Hochschulen, Ausbildungsmessen, Arbeitsagenturen und Jobcentern nichts zu suchen.

Die VVN-BdA fordert den DGB-Bundesvorstand auf, die Erklärung von DGB und Bundeswehr, in der die Gewerkschaften die deutsche

Kriegspolitik mittragen, nicht zu verabschieden.

Frieden schaffen!

Ein Aktionsplan für den Frieden sollte von breiten Bündnissen gemeinsam angepackt werden:

- Schluß mit dem Krieg in Afghanistan und den weltweiten Kriegseinsätzen der Bundeswehr. Gegen den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee.

- Schluß mit den Rüstungsexporten. Wir brauchen Rüstungskonversion: zivile Produktion statt Rüstungsproduktion. Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod.

- Die Rüstungsausgaben müssen deutlich gesenkt werden. Die eingesparten Mittel werden für soziale, ökologische, bildungs- und gesundheitspolitische Ziele und Aufgaben verwendet.

- Der Einsatz von Spionagedrohnen zur Überwachung der Bevölkerung wird untersagt, die Beschaffung von Kampfdrohnen wird gestoppt. Das Verbot, die Ächtung und Vernichtung von ABC-Waffen werden eingeleitet. Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel.

- Keine Einsätze der Bundeswehr im Innern. Stopp des Aufbaus der Heimatschutz-Reservisten-Armee. Die derzeitige Kriegspolitik steht im Widerspruch zur Verfassung. Die Bundeswehr darf nicht länger der Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen dienen und muss wieder auf den defensiven Auftrag entsprechend dem Grundgesetz festgelegt werden.

30. Mai bis 1. Juni 2014 in Frankfurt/Main

VVN-BdA Bundeskongress 2014

Am 30. Mai um 19.30 Uhr beginnt der 5. Bundeskongress der VVN-BdA im Haus Gallus in Frankfurt/Main mit einer öffentlichen Abendveranstaltung zum Thema »Neofaschismus und Rechtspopulismus in Europa«.

Delegierte und Gäste des Bundeskongresses, die bereits am Nachmittag anreisen, sind eingeladen, den »Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945« von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr an einem Tag des Offenen Archivs zu besuchen (um Anmeldung beim Studienkreis wird gebeten).

Am 31. Mai beginnt der eigentliche Kongress um 9.30 Uhr (Anmeldung ab 8.00 Uhr) und endet am Sonntag um 13.00 Uhr.

Die wichtigsten Unterlagen zum Kongress können heruntergeladen werden unter: <http://vvn-bda.de/programm-des-bundeskongresses>

Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes liegt dieser »antifa« bei.





Ostermarsch am US-AFRICOM in Stuttgart **Nein zum Krieg!**

Der Stuttgarter Ostermarsch wurde zur bisher größten Protestaktion gegen die Ende 2008 eingerichtete US-Kommandozentrale für die Kriegsführung in Afrika, AFRICOM. Hier wurde der Krieg gegen Libyen 2011 geführt und von hier aus werden Drohnenangriffe in Afrika befehligt. Während in der Vergangenheit nur wenige Rüstungsgegnern und -gegnerinnen den Weg zu Aktionen der Friedensbewegung in dieser abgelegenen Ecke Stuttgarts gefunden hatten, zogen am Karfreitag 800 Ostermarschierer/-innen zu dieser Kriegszentrale vor die Tore Stuttgarts. Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) berichtete von den Kriegen, die hinter der weitgefassten Absperrung dieses Militärareals organisiert und vorbereitet werden. Er wies auf die Verbrechen der extralegalen Tötungen durch Drohnen hin, die von hier ausgehen. Damit mache sich auch

Tobias Pflüger vom AFRICOM
Fotos: Denzinger www.beobachternews.de



Redaktion dieser Seite:
Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

die Bundesregierung der Mithilfe beim Morden schuldig. Unter großem Beifall forderten die Demonstranten und Demonstrantinnen die sofortige Schließung der Tötungszentralen AFRICOM und EUCOM in Stuttgart. Anschließend formierte sich der Ostermarsch in Richtung Stuttgarter Innenstadt. Dort schlossen sich weitere Friedensdemonstranten und -demonstrantinnen dem Zug an, so dass sich schließlich 1500 Menschen zur Abschlusskundgebung auf dem Stuttgarter Schlossplatz einfanden (ein ausführlicher Ostermarschbericht wird in den Antifa Nachrichten der VVN-BdA Baden-Württemberg erscheinen). **DL**



Sinsheim: **Gegen Nazis und Rassisten**

Über 300 Menschen demonstrierten am 22. März in Sinsheim gegen Rassismus und Neonazis. Die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes-Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) und das Bündnis für Toleranz Sinsheim hatten unter dem Motto »Für eine Welt ohne Ausgrenzung und Menschenverachtung« aufgerufen. Die Aktion richtete sich vor allem gegen die aktuellen Nazi-Strukturen und faschistischen Aktivitäten in Sinsheim und dem Kraichgau. Bei einer Auftaktkundgebung an der Sinsheimer Allee sprachen Jochen Dürr, Landessprecher der VVN-BdA, und der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Funk. Jochen Dürr ging in sei-

ner Rede auf die Ungereimtheiten im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur Nazi-Terrorgruppe NSU ein und thematisierte die zwielichtige Rolle der Verfassungsschutz-Behörden. Auf die Arbeit des Bündnisses für Toleranz Sinsheim ging Stefan Seitz, Gemeinderat der Grünen, ein. Das Bündnis hatte sich vor einigen Jahren aufgrund zunehmender Aktivitäten von Neonazis in Sinsheim gegründet und organisiert seither unter anderem Aktionen gegen Nazi-Kundgebungen. Eine Rednerin des DGB Nordbaden und ein Beitrag der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD) schlossen die erfolgreiche Aktion ab. **Text und Foto: AIHD**

Ja,

- schickt mir doch eine Probenummer
- lieber gleich ein Abo für € 10 für 4 Ausgaben/Jahr

das alles und noch mehr in den neuen

Antifa

Nachrichten

VVN - Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V.
Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgartbaden-wuerttemberg@vvn-bda.de

Janka Kluge
Kampagne zur Aufklärung:
Untersuchungsausschuss durchsetzen!

Friedensbewegung
Regimechange in der Ukraine:
Aus Einmischung kann Krieg werden

Dieter Lachenmayer
Polizei im falschen Einsatz:
Fackeln aus in Pforzheim!

Dr. Thomas Huonker
Die Jenischen:
Oft vergessene Opfergruppe

Gisela Kehrer-Bleicher
Druck von Rechts:
Deutschlands Rechte und die Europawahl



Erinnerung in Schorndorf

Bei einer Demonstration unter dem Motto »Laut gegen rechte Gewalt!« der Initiative »Rems-Murr nazifrei!« zogen am 12. April über 200 Menschen lautstark durch die Schorndorfer Innenstadt. Sie erinnerten damit an den Neonazi-Brandanschlag von Winterbach im Jahr 2011. Mit Redebeiträgen von Parteien, Gewerkschaften, Initiativen, Bündnissen und einem Grußwort des Winterbacher Bürgermeisters Albrecht Ulrich setzte die Initiative ein deutliches Zeichen für eine antifaschistische Kultur im Landkreis.

Erinnerungspolitik in Bamberg und Regensburg

Zwei Städte – zwei Wege

Regensburg und Bamberg: Beide Städte schmücken sich mit dem Titel »Weltkulturerbe«, in beiden gibt es eine über tausendjährige Geschichte jüdischer Gemeinden, die von den Nazis vernichtet wurden. Damit hören die Gemeinsamkeiten auf. Während Bamberg sein jüdisches Erbe sichtbar macht und jüdisches Leben im Stadtbild wieder präsent ist, verharrt Regensburg in seiner Erinnerungskultur bei den Römern.

Was bürgerschaftliches Engagement zuwege bringt, wenn es auf einen unterstützenden politischen Willen trifft, ist in Bamberg seit einigen Jahren sichtbar manifest. Als in den 1990er-Jahren die kleine jüdische Gemeinde auf knapp tausend Mitglieder durch den Zuzug von Kontingentflüchtlingen aus den GUS-Staaten anwuchs, war allen Akteuren der Stadt klar, ein neues jüdisches Gemeindezentrum inklusive Synagoge muss her. Nach einem zähen Prozess der Bearbeitung der NS-Vergangenheit wurde nun umgesetzt, was politischer Wille von Stadt und Bürgern war. Im Juni 2005 feierte die Israelitische Kultusgemeinde Bamberg die feierliche Eröffnung der nunmehr 7. Synagoge. Relikte von vergangenen und zerstörten Synagogen, wie ein Rundbogenportal oder Türen, wurden in den modernen Multifunktionsbau integriert. Die Baukosten von etwa drei Millionen wurden von Land, Stadt und privaten Förderern aufgebracht.

Erinnerung braucht Orte. Deshalb platzierten die Museen der Stadt ihre

derzeitige Ausstellung »Jüdisches in Bamberg« in die ehemals jüdische Villa Dessauer, um die Geschichte der Bamberger Juden wieder sichtbar zu machen. Ein gut gewählter Ort, der zweierlei deutlich macht: Bamberg profitierte erheblich von der Geschäftstüchtigkeit der wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilien wie Dessauer, der im Zentrum des Hopfenhandels stand. Mit der Verfolgung und Ermordung der Juden wurde eine soziale, kulturelle und intellektuelle Bereicherung durch die Nazis vernichtet, die die Stadt ärmer machte. Dafür stehen die Beispiele der jüdischen Familien Wassermann und Federlein, die den Grundstock für eine der ältesten deutschen Kunstsammlungen legten. Die Ausstellung wird im Sommer von der Villa Dessauer komplett ins Historische Museum Bambergs umziehen.

Wegsehen, Ignorieren, Aussitzen. Das kennzeichnete die Erinnerungspolitik der Stadt Regensburg seit vielen Jahren. Der Synagogenbrand von 1938, die Vernichtung der jü-

dischen Gemeinde, das Außenlager Colosseum des KZ-Flossenbürg mitten in der Stadt, das Leben und Sterben in den Lagern der über 10.000 Zwangsarbeiter – speziell für die Rüstungsproduktion des Messerschmitt-Werks – und die Todesmärsche sind bis heute blinde Flecken in der Stadtgeschichte. Bescheidene Mahnmale gegen das Vergessen musste eine kritische Stadtgesellschaft stets im Widerstand gegen die CSU-Mehrheit und die von ihr dominierten, Stadtverwaltung durchsetzen.

Nahtlos fügt sich in diesen Rahmen ein, dass bis heute eine Grund- und Mittelschule den Namen des Nazi-Bürgermeisters und SS-Mitglieds Hans Herrmann tragen und ein öffentlicher Park nach ihm benannt ist. Keine wirkliche Unterstützung erfuhr bis heute auch die auf über tausend Mitglieder angewachsene Jüdische Gemeinde der Stadt. Am angestammten Platz, da, wo bis 1938 die prächtige Synagoge stand,

die vor den Augen des damaligen SS-Oberbürgermeisters abgefackelt wurde, soll wieder gebaut werden. Seit Jahren ist das der Stadt bekannt, die nach dem bekannten Muster »Aussitzen« verfährt und Auflagen erteilt. Zum Beispiel »Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs«.

Öffentlich bekundete der langjährige CSU-Oberbürgermeister Schaidinger seine Unterstützung für den Synagogenbau – und handelte quer dazu. Seelenruhig sah er zu, als eine Investorin ihre Hotelpläne für ein leerstehendes, an den Synagogenplatz angrenzendes Gebäude entwickelte. Der tatkräftigen Frau wurde ohne Ratsbeschluss der Zuschlag für die Einrichtung eines Hotels erteilt. Seitdem hat die Jüdische Gemeinde ein dickes Problem mehr.

Seit der Kommunalwahl im März keimt nun in Regensburg neue Hoffnung. Die CSU fuhr eine krachende Niederlage ein, der neue OB heißt Joachim Wolbergs und ist von der SPD.

Waltraud Bierwirth

Proteste im Münchener Stadtteil Obermenzing Widerstand gegen Nazi-Zentrum

Rund 1.000 Protestierende beteiligten sich Anfang März an einer Demonstration und Kundgebung gegen ein im Umfeld der neofaschistischen »Bürgerinitiative Ausländerstopp« (BIA) entstandenes Nazi-Zentrum in der Carl-Hanser-Straße 24 im Münchener Stadtteil Obermenzing. Die Demonstration, zu der das »Bündnis gegen Naziterror und Rassismus« aufgerufen hatte, zog direkt an der Immobilie vorbei, die im Dezember 2012 von drei bekannten Neonazis angemietet wurde und seither als Zentrum für ultrarechte Organisation in der bayerischen Landeshauptstadt fungiert.

An der Demonstration und Kundgebung beteiligten sich auch Vertreter der Stadtratsparteien, verschiedene Initiativen und Organisationen, unter ihnen die VVN-BdA, und die Initiative »München ist bunt«, für die der ehemalige »Grünen«-Stadtrat Siegfried Benker deutlich machte, dass diese Kundgebung ein Auftakt für weitere Aktivitäten gegen diesen braunen Standort sein müsse.

Auch nach der Kommunalwahl bleibt nicht nur die Forderung nach Schließung dieses braunen Zentrums auf der Tagesordnung. Zwar konnten in München nicht alle extrem rechten Blütenträume reifen (die islamfeindliche rassistische Hetzpartei »Die Freiheit« schaffte es nicht ins Kommunalparlament), mit einem BIA-Stadtrat und zwei Vertretern der rechtspopulistischen AfD gibt es für die demokratische Öffentlichkeit aber nach wie vor noch viel zu tun.

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, IBAN: DE18700100800010532807, BIC: PBNKDEFF700

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Die Ausstellung »Jüdisches in Bamberg« wird bis zum 1. Juli 2014 in der Villa Dessauer gezeigt.

Foto: Bierwirth



Gedenkfahrt zu einem Ort der NS-Rüstungsindustrie

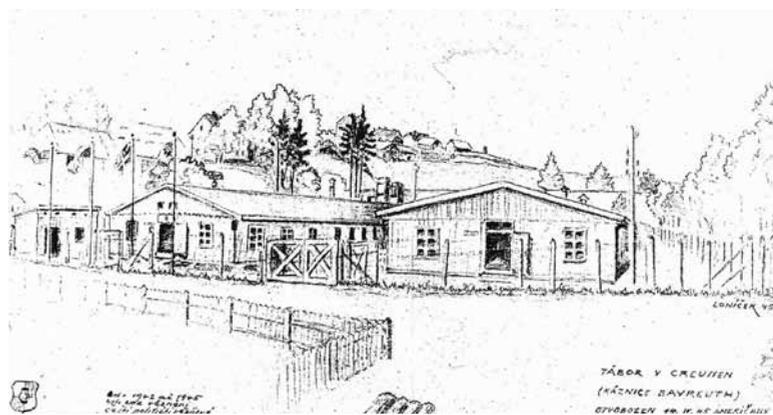
Die Zwangsarbeiter von Creußen

Die Kleinstadt Creußen, zwölf Kilometer südlich von Bayreuth, zählte von 1939 bis 1945 etwa 1.000 Einwohner. Doch gerade in jenen Jahren entwickelte sich die örtliche Metallfabrik Carl Tabel zur Rüstungsschmiede: Munitionskästen, Drillingslafetten und Kanonenreinigungsbürsten, Panzerteile und das Volkssturmgewehr wurden unter anderem vom Creußener Bahnhof nach Nürnberg versandt und die Produktionsstätte Tabel entsprechend ausgebaut.

Bei Kriegsbeginn hatte der Betrieb 200 Arbeiter, bei Kriegsende weit über 1000. Hunderte Zwangsarbeiter trugen entscheidend zu dieser Entwicklung bei. So wurden 660 Tschechen, die wegen Widerstandsaktionen gegen die Nazis verurteilt waren, über das Bayreuther Zuchthaus St. Georgen ins Creußener Arbeitslager Thietmarplatz verschleppt: Funktionäre von Turnvereinen und Parteien, Wissenschaftler, Techniker, Pfarrer, Ärzte... Hinzu kamen 50 kriegsgefangene Belgier, 400 Polinnen und Polen, Weißrussen, Russen und Ukrainer und eine größere Zahl von italienischen zwangsinternierten Soldaten, die im »Ostarbeiter-Lager« im Rosental nächtigen mussten. In vier Steinbaracken bei vier Quadratmetern pro Person und bis zu 150 Menschen pro Bau. Die jüngsten in den Listen aufgeführten Arbeitssklaven sind 14-jährige russische Jungen und Mädchen.

Gemeinsam mit den Nordbayerischen Bündnissen gegen rechts und dem Bürgerforum Gräfenberg lud die VVN-BdA Bamberg zu einer Exkursion nach Creußen und zum Gedenken an diese Menschen und deren Ausbeutung durch die NS-Rüstungsindustrie. Besonders gedankt sei dem Creußener Journalisten Peter Engelbrecht für die informative Führung und der stellvertretenden Bürgermeisterin Marianne Abel, einer Enkelin des Pfarrers Ernst Rohmer, der massiv Widerstand gegen die örtliche NSDAP geleistet und die Gefangenen unterstützt hatte. Frau Abel ermöglichte uns auch den Zugang zu einem von den Häftlingen gegrabenem Stollen und versprach, sich für die Anbringung einer Erinnerungstafel an die Zwangsarbeiter am ehemaligen Fabrikgebäude einzusetzen.

Günther Pierdzig



Zeichnung eines tschechischen Häftlings vom Creußener Lager Thietmarplatz unmittelbar nach der Befreiung 1945

Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Mai: Hans Besold, Unterhaching, 91 Jahre; Martin Löwenberg, München, 89 Jahre; Eva Sengle, Füssen, 86 Jahre; Ingeborg Bräuhauser, München, 83 Jahre; Ute Leverrier, Nürnberg, 65 Jahre; Leo Sauer, Notzing, 60 Jahre

Juni: Helmut Steuerwald, Nürnberg, 84 Jahre; Dr. Dieter Gabanyi, Augsburg, 70 Jahre; Tom Kaiser, München, 65 Jahre; Peter Schönfelder, Gersthofen, 65 Jahre; Gabriele Müller-Ballin, Nürnberg, 60 Jahre

HESSEN

VVN befasst sich mit Neofaschismus und Rechtspopulismus in Europa

Neonazis in Europa entgegentreten

Bei der Europawahl am 25. Mai ist zu befürchten, dass neofaschistische, rechtsextreme und rechtspopulistische Kräfte weiter an Stimmen und Gewicht zunehmen.

Fünf Tage nach der Europawahl sprechen am Freitag, dem 30. Mai, auf einer Veranstaltung der VVN-BdA im Frankfurter Haus Gallus Antifaschisten aus mehreren europäischen Ländern – darunter Griechenland, Ungarn und die Niederlande (Frankreich ist angefragt) – über Neofaschismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa und wie ihnen entgegengewirkt wird. Die Referenten kommen aus Mitgliedsverbänden der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), unter ihnen FIR-Präsident Vilmos Hanti.

Sie werden darüber informieren, wie sie die Situation in ihren Ländern beurteilen und was getan werden muss, um den neofaschistischen,

rechtsextremen und rechtspopulistischen Kräften wirksam entgegentreten, die Rechtsentwicklung zu stoppen und zurückzudrängen.

Die Veranstaltung am 30. Mai beginnt um 19.30 Uhr. Zu erreichen ist das Haus Gallus (Frankenallee 111), mit den S-Bahnlinien 3, 4, 5 und 6 sowie mit den Straßenbahnlinien 11 und 21 bis zur Haltestelle Galluswarte. Von dort sind es nur wenige Geh-Minuten zum Haus Gallus.

Die Veranstaltung findet am Vorabend des Bundeskongresses der VVN-BdA statt, der am 31. Mai und 1. Juni 2014 ebenfalls im Haus Gallus tagt.

Am 25. Mai wählen gehen!

In der jüngsten Ausgabe des Rundbriefes der Frankfurter VVN (Nummer 6 v. Mai 2014) heißt es: Wir bitten alle Leserinnen und Leser, bei der Europawahl am 25. Mai ihr Wahlrecht wahrzunehmen und wählen zu gehen – und auch Freundinnen und Freunde, Bekannte und Angehörige zum Wählengehen aufzufordern.

Mit unserer Wahlbeteiligung können wir den Anteil neofaschistischer und rechtspopulistischer Stimmen kleiner halten. Je höher die Beteiligung demokratischer Wählerinnen und Wähler, umso geringer ist der Anteil rechtsextremer Stimmen.

Lesung auf dem Römerberg

Am 10. Mai, dem Jahrestag der faschistischen Bücherverbrennungen, findet auf dem Frankfurter Römerberg ab 15 Uhr (voraussichtlich bis gegen 18 Uhr) wieder die alljährlich von der VVN-BdA veranstaltete öffentliche

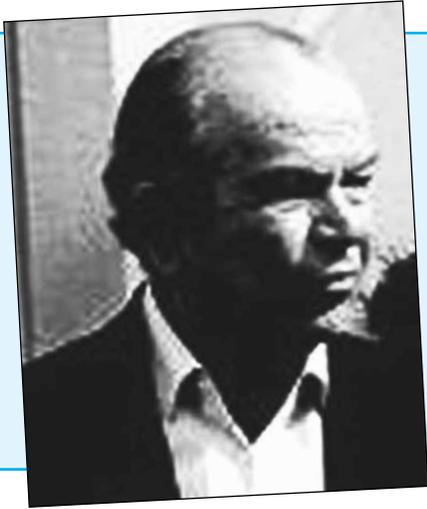
Lesung aus Büchern und Texten der 1933 verfeimten und verfolgten Schriftsteller/-innen, Dichter/-innen und Publizisten/Publizistinnen statt. Mitwirkende werden in diesem Jahr auch Angehörige des DGB-Chores sein.

Neue Neofa-Ausstellung kommt nach Frankfurt

Vom 3. bis 27. Juni 2014 wird die neue (stark veränderte) VVN-Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« in Frankfurt in der Stadtteilbücherei Rödelheim (Radilostr. 17-19) gezeigt.

Eröffnet wird die Ausstellung mit einer Veranstaltung am Dienstag, dem 3. Juni, um 19.30 Uhr. Veranstalter sind der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-45 und die VVN-BdA.

Zu sehen ist die Ausstellung während der Öffnungszeiten dienstags bis donnerstags von 13 bis 18 Uhr (dienstags bis 19 Uhr), freitags von 11 bis 18 Uhr, samstags von 11 bis 14 Uhr.



Emil Carlebach-Veranstaltungen

Die Reihe der Veranstaltungen zum diesjährigen 100. Geburtstag des Frankfurter Antifaschisten Emil Carlebach, die am 6. April mit einer Filmmatinee der VVN-BdA im Deutschen Filmmuseum begann, geht weiter mit einer Veranstaltung der DKP, »Der

Kommunist Emil Carlebach«, am 17. Mai um 18 Uhr im Frankfurter DGB-Gewerkschaftshaus (Wilhelm-Leuschner-Str. 69/77) und mit der Hauptveranstaltung des Trägerkreises, der sich im »Emil-Carlebach-Club« zusammengetan hat, am Sonntag, dem 13. Juli um 11 Uhr im Haus Gallus (Frankenallee 111).

Am 25. September ist eine Veranstaltung über kritischen Journalismus mit Journalisten und Journalistinnen im Club Voltaire (Kleine Hochstr.5) vorgesehen, veranstaltet von der Gingold-Erinnerungsinitiative.

Darüber hinaus wird es im Veranstaltungsjahr zu weiteren Aktivitäten kommen (siehe unter www.emil-carlebach.de).

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02
BIC: PBNKDEFF

VVN-Mitgliedern, die in den verschiedenen örtlichen und regionalen Bündnissen gegen rechts arbeiten, vorgeschlagen. Dies müsse vom Landesverband organisiert werden.

Eine weitere Aufgabe des Landesverbandes sei es, den Einsatz der neuen Neofaschismus-Ausstellung, die ein wichtiger Bestandteil der Anti-rechts-Arbeit sei, zu koordinieren und zu unterstützen.

Als eine besondere Aufgabe gerade für die VVN wurde die Wahrnehmung einer Mittlerfunktion zwischen unterschiedlichen Anti-rechts-Kräften bezeichnet.

Ein weiterer konkreter Schritt: Die Anti-rechts-Arbeitsgruppe des Workshops will als ständige Arbeitsgruppe weiterarbeiten.

So waren die Diskussionen auf dem Workshop, wenn auch nur einige Stunden Zeit zur Verfügung standen, durchaus fruchtbar. Sie können der Arbeit des Landesverbandes und der Kreisverbände sehr helfen, wenn es gelingt, die Anregungen und Vorschläge auch in Form von Arbeitspapieren, konkreten Empfehlungen und Vorhaben auszuarbeiten und in die Gesamtorganisation hineinzugeben.

Immerhin gehören die Beteiligten am Workshop, also die Ideengeber, selbst zu den aktiven Kräften der Gesamtorganisation. Deshalb müsste die Umsetzung auch gelingen – wenn an den Vorhaben drangeblieben wird.

P.C. Walther

Workshop erarbeitete Anregungen für die weitere Arbeit der VVN-BdA

Mehr als eine Ideen-Werkstatt

Der Workshop, der auf der Landesversammlung der VVN-BdA Hessen angekündigt worden war und zu dem der Landesausschuss eingeladen hatte, brachte nicht nur eine Reihe von Ideen zur Verbesserung der Arbeit der VVN hervor, sondern einiges davon auch auf den Weg. Insofern war er im Ergebnis weitaus mehr als eine »bloße« Ideen-Werkstatt.

Zusammengekommen waren im Frankfurter August-Stunz-Zentrum Mitglieder aus vier Kreisvereinigungen der hessischen VVN. Wenn es auch Teilnehmer und Kreise hätten mehr sein können, so war die Runde der Erschienenen dennoch durchaus produktiv. Der Workshop sollte vor allem dazu dienen, in gemeinsamen Überlegungen Mittel und Wege zu finden, die helfen können, die Arbeit des Landesverbandes insgesamt zu verbessern.

Zu Beginn des Workshops wurde erst einmal zusammengetragen, welche Themen und Arbeitsgebiete denn für die nächste Zeit als vorrangig angesehen werden. Zum Schluss dieser Überlegungen erhielten die Arbeitsgebiete Anti-rechts-Politik, Geschichts- und Erinnerungsarbeit sowie der Themenbereich Flüchtlings-, Migrations- und Antirassismus-Politik die meisten Zuschläge. Sie wurden als die gegenwärtig drei wichtigsten Arbeitsbereiche festgestellt.

Als ebenfalls für wichtig erachtet wurde die Beschäftigung mit der eigenen Organisationsstruktur und der inneren Arbeitsweise des Landesverbandes. Weil aber die vorhandene Zeit und Teilnehmerzahl



nicht ausreichen würden, auch diesen Schwerpunkt ausreichend zu behandeln, wurde er zurückgestellt. Dabei wurde jedoch betont, dass dies unbedingt das Thema des nächsten Workshops sein muss.

In jeweils einer Arbeitsgruppe, also insgesamt in drei Gruppen, fand eine Vertiefung der Diskussion über die drei vorangestellten Arbeitsgebiete statt. Sie erbrachte nicht nur eine Reihe von Ideen und Vorschlägen, sondern auch erste Ergebnisse.

Auf dem Gebiet der Antirassismus-, Migranten- und Flüchtlingsarbeit sollen vor allem die Kontakte zu anderen Organisationen und Initiativen, die auf diesem Gebiet arbeiten, hergestellt und vertieft werden. Der Zusammenarbeit und Vernetzung könnte auch, so wurde vorgeschlagen, ein gemeinsamer Kongress oder Ratschlag dienen. Der Weg dahin soll geprüft werden.

Bei der Erinnerungsarbeit gehe es vor allem um den Erhalt, die Pflege und die Weitervermittlung der Erfahrungen und Erkenntnisse, die uns die Beteiligten, die Zeitzeugen, hin-

terlassen haben. Dabei könnte nicht zuletzt ein verstärktes Engagement von »Zeugen der Zeitzeugen« helfen. Angesprochen wurden verschiedene Formen und Möglichkeiten der Erinnerungsarbeit, z. B. die Mitarbeit an Geschichtswerkstätten, an der Stolperstein-Verlegung, Dokumentationen, Straßenbenennungen usw., wie auch die Mitwirkung an Konfirmanden-Unterricht und an Jugendweihen.

Zur Erinnerungsarbeit gehöre jedoch auch die Beschäftigung mit den Tätern und den Tatorten, wie dies anderenorts zum Beispiel durch Hinweise und die Thematisierung von »Verbrechen der Wirtschaft« vor Ort bereits geschieht.

Für die Weiterführung und Unterstützung der Geschichts- und Erinnerungsarbeit wurde eigens eine Arbeitsgruppe Erinnerungsarbeit des Landesverbandes gebildet.

In der Workshop-Arbeitsgruppe gegen rechts wurden eine stärkere Vernetzung und ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch unter den

World Federation of Jewish Child Survivors of the Holocaust and Descendants:

Erstmals Tagung im Land der Täter

»Child Survivors« ist die Bezeichnung für die wenigen jüdischen Personen, welche als Kinder die Verfolgung der Nazis überlebt haben. 90% der jüdischen Kinder in Europa waren bis 1945 von den Nazis umgebracht worden. Die damals überlebenden 10%, etwa 150.000 Kinder, waren bald weltweit verstreut, etwa ein Fünftel sind heute noch am Leben. Es ist erwiesen, dass sie wegen der frühkindlich erlebten Schrecken im Alter stark an Traumata leiden. Sie sind hochsensibel, oft überreizt. Zur Vielfalt ihrer Charaktere und Erfahrungen siehe 8 DVD-Videos auf www.a.child-survivors-deutschland.de/video.

Die weltweit verstreuten Child Survivors und ihre Nachkommen (2G, ihre Kinder als »zweite Generation«, 3G, ihre Enkel) führen in aller Regel ein ernstes Leben. Es fällt ihnen schwer, sich unbefangen zu freuen und entspannt zu sein. Die Beziehung zu allem, was deutsch ist, bleibt schwierig.

Dennoch bemühen sich die Child Survivors um eine Versöhnung. »Gerechtigkeit, Respekt und Frieden«, so lautet das Motto der 26. Jahreskonferenz der WFJCSHD (World Federation of Jewish Child Survivors of the Holocaust and Descendants), des Weltverbandes. Alle sind über 70 Jahre alt, viele über 80. Sie haben jahrzehntelang gebraucht, bis sie sich überwinden konnten, ihre Konferenz im »Land der Täter«, in Deutschland, zu veranstalten, vom 24. bis 27. August 2014 in Berlin (siehe <http://wfbc2014.com>).

Für die ca. 450 Teilnehmer wird es eine verwirrende Vielfalt von positiven und negativen Eindrücken geben. Positiv ist, wie eine Demo von wenigen Nazis meistens eine weitaus größere Zahl von Gendene-

monstranten bewirkt, in Berlin oft mitorganisiert von Andrée Leusink, einem Vereinsmitglied. Schwierig ist für Juden, sich hier als Mitglied der Gesellschaft, als Deutsche zu fühlen. Ignaz Bubis bezeichnete sich als »gescheitert«, weil er trotz seiner Bemühungen immer wieder ausgegrenzt wurde. Das Gleiche zeigt »Verweigerte Rückkehr«, so ein Buchtitel von Hans Frankenthal: Seine bitteren Erfahrungen als Überlebender wurden vom Umfeld schroff geleugnet, verdrängt. Die Folge: Etliche Child Survivors sind scheu, stark zurückgezogen, mit ihrem Elend allein. Viele hatten nach 1945 keinen familiären Rückhalt, schlechte Ausbildung, gestörte Beziehungsfähigkeit, geringes Einkommen. Etwa ein Drittel der Mitglieder des deutschen Vereins sind im Alter verarmt, obwohl manche monatlich etwa 300 € »Entschädigung« erhalten.

Zum Vergleich: Frühere Nazis an führenden Positionen, so auch hohe Offiziere, erhalten derzeit als Beamte – ganz automatisch – Pensionen von über 3.000 € monatlich. Einfach so. Das ist effektiver



Beim Welttreffen der Child Survivors in Warschau 2012

Täterschutz. Es gab unter Hitler das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, durch das Juden aus ihren Positionen in den Ämtern beseitigt wurden. Hätten die Alliierten 1945 eben dieses Gesetz vor seiner Aufhebung mal kurz gegen alle Alt-Nazis gerichtet, so wäre viel Unheil vermieden worden.

Immerhin gibt es zu den Verbrechen der deutschen Nazis bis 1945 viele Gedenkstätten, Museen, Ausstellungen. Für gesellschaftliche Alarmbereitschaft gegen Faschismus ist dies notwendig und wertvoll. Aber eines fehlt. Da gibt es zwar Millionen Euro, um steinerne Denkmäler von Opfern zu pflegen, zu polieren, zu erläutern – jedoch die Gruppen und Vereine der immer noch lebenden (!)

Opfer erhalten bestenfalls ein paar tausend Euro für kleine Projekte. Hochbetagt müssen sie dafür mühsam Anträge stellen. Die Mehrheit der deutschen Child Survivors muss sogar laufend Anträge stellen, um wenigstens Sozialhilfe zu erhalten, vor allem jene aus der früheren Sowjetunion. Die Folgen sind Schikanen wie gegen Arbeitsunwillige – dabei durften sie hier gar nicht arbeiten. Einer hatte 37 Jahre in der Ukraine als Chirurg gearbeitet. Er soll sich hier orientieren, für »Bildung« erhält er im »Regelbedarf« ab dem 1.1.2014 bei Hartz IV nun 1,49 € pro Monat. Eine Antwort ist eine Art »jüdischer Humor«, siehe www.soziologie-mit-kafka.de.

Philipp Sonntag

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

...immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 19. Mai 2014, 18.30 Uhr

»Zu jeder Zeit erinnert man sich anders und an anderes...«

Gina Pietsch im Gespräch mit Sonja und Moritz Mebel

Sie sind Zeugen dreier Zeitalter, zweier Wenden und Welten und eines großen Krieges. Sie sind zwei Ärzte, zwei Professoren, ein Ehepaar, sie sind Sonja und Moritz Mebel. Sie teilen mehr als 50 Jahre Hoffnungen auf und Kämpfe um eine bessere Welt, und sie teilen

Enttäuschungen und Niederlagen. Sie haben einen Beruf, dem der Humanismus zugrunde liegt, in dem sie Überragendes geleistet haben. Sie sind für die Menschen da, mit ihren Herzen und Händen, als Ärzte, als Kämpfer, als Antifaschisten.

Montag, 16. Juni 2014, 18.30 Uhr

»Unsere Straße«: Eine Chronik, geschrieben im Herzen des faschistischen Deutschland. Lesung und Gespräch zur Neuauflage des Buches

»Unsere Straße« von Jan Petersen ist der einzige antifaschistische Roman, der in Hitlerdeutschland selbst geschrieben wurde und im Ausland veröffentlicht wurde. Jetzt ist eine Neuauflage mit einem Nachwort von Elfriede Brüning erschienen. Der Roman ehrt auch Richard Hüttig, den ersten in Plötzensee hingerichteten Antifaschisten. Anlässlich des 80. Jahrestages seiner Ermordung stellen wir das Buch vor und sprechen über die Hintergründe.

Vor 70 Jahren kamen Vertreter von KPD und SPD zusammen

Der vergessene Arbeiterwiderstand

Am 22. Juni 1944 trafen sich die Kommunisten Anton Saefkow und Franz Jacob mit den Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein bei dem Arzt Rudolf Schmid in der Köpenicker Straße. Zum ersten Mal loteten Vertreter der Arbeiterparteien Gemeinsamkeiten aus und überwandern Bedenken. Für den Sturz Hitlers sollten möglichst viele Gegner des Naziregimes mit unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Anschauungen einbezogen werden.

Diese Ansicht teilte auch Stauffenberg. Er wusste um Lebers Kontakte zu den Kommunisten. Bei der ersten Fühlungnahme am 22. Juni 1944 wurde erörtert: Freie Demokratie? Ja. Privateigentum? Ja. Unternehmen und Großkapital ausgenommen. Dies hielt Rudolf Schmid fest, der die Begegnung als angenehm in Erinnerung behielt: Man wollte sich verstehen, man hatte eine gemeinsame Aufgabe, von der verschiedene Auffassungen nicht ablenken durften.



Julius Leber

Die wohl schon länger angedachte und nur wenige Wochen vor dem 20. Juli anberaumte Begegnung deutet auf einen Paradigmenwechsel in den schwierigen Beziehungen der beiden Arbeiterparteien. Jacob, Leber, Reichwein und Saefkow haben selbständig gehandelt und waren – trotz Bedenken einzelner Genossen – über die Schatten der

Vergangenheit gesprungen. Das Trennende, auch wenn gegensätzliche Positionen blieben, trat in den Hintergrund. Die Gesprächspartner verabredeten in 14 Tagen ein nächstes Treffen. Danach begannen durch Verrat die Festnahmen.

In der Nachkriegsgeschichtsschreibung wurde das Treffen oftmals eher als eine Fußnote zur Geschichte des Umsturzversuchs am 20. Juli behandelt. Zu den Ausnahmen gehören Veröffentlichungen von Peter Steinbach und Johannes Tuchel in den 1990er-Jahren.

Das historische Treffen am Vorabend des 20. Juli ist Anlass, zu einer Veranstaltung einzuladen. Nach einer historischen Einführung mit Annette Neumann und Bärbel Schindler-Saefkow schließt sich

eine Diskussion an. Dazu haben wir eingeladen: Björn Böhning, Chef der Senatskanzlei, Stefan Heinz von der Forschungsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik der Freien Universität Berlin, Klaus Lederer, Berliner Parteivorsitzender der LINKEN, den Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Johannes Tuchel, und die Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, Doro Zinke.



Anton Saefkow

Hans Coppi

23. Juni 2014, um 19 Uhr, Robert-Havemann-Saal des Hauses der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4 Tram M4, Bus 142 und 200, »Am Friedrichshain«

Aufmarsch der NPD in Berlin-Kreuzberg im Vorfeld des 1. Mai grandios gescheitert

Multikulti gegen die NPD

»Für ein sauberes, ordentliches, deutsches Kreuzberg« – Unter diesem Motto wollte die NPD kurz vor dem 1. Mai durch den Stadtteil marschieren und provozieren. Dieses Vorhaben konnte sie nicht mal in Ansätzen in die Tat umsetzen. Im Vorfeld hatte die Polizei die antifaschistische Proteste erschweren wollen, die mit den Nazis ausgehandelte Route ab S-Bahnhof Jannowitzbrücke wurde erst zwei Tage vorher bekannt gegeben, Blockaden sollten konsequent geräumt werden. Es half nichts. Etwa 300 Meter von ihrem Ausgangspunkt entfernt stand schon vor Demobeginn an der Heinrich-Heine-Straße die erste große Blockade. Hier standen den Nazis die ganze Zeit über immer mehrere hundert Menschen oder mehr gegenüber, gab es kein Durchkommen. Um 12 Uhr sollte es losgehen, hektisch wurde über Ausweichrouten nachgedacht. Auch die waren nicht möglich, weil sich an allen Alternativpunkten ebenfalls

Massen von Antifaschistinnen und Antifaschisten eingefunden hatten. Insgesamt waren weit über fünftausend Menschen auf den Beinen, mit dem Ziel, den Naziaufmarsch nicht zustande kommen zu lassen. Nach zwei Stunden des Wartens ließ die Polizei die nicht mehr als 100 Nazis dann losgehen, um nach fünf Minuten feststellen zu müssen: Es geht nicht weiter.

Die Polizei hielt eine Räumung angesichts der vielen Menschen offiziell für unverhältnismäßig und überzeugte die stinksaurigen und aggressiven Nazis schließlich, mehr oder weniger freiwillig zum S-Bahnhof umzudrehen und nach Hause zu fahren (in Oberschöneweide erlaubte sie dann einen kleinen NPD-Aufzug durch wenig bevölkertes Gebiet). Nach dieser herben Schlappe sagten die Nazis am nächsten Tag den geplanten Umzug durch Neukölln für den 1. Mai ab und zogen die Demoanmeldung zurück. Auf Seiten

der Antifaschisten herrschte natürlich große Freude und Genugtuung, auch, weil die Bandbreite der Blockierenden und Blockierer so breit war. Nicht nur die »üblichen« Demonstranten, sondern von ganz jung bis ganz alt war das Spektrum. Unser Kamerad Horst Selbinger (86) sprach auf der Kundgebung und erhielt einen Riesenapplaus.

Gegen »Multikulti« wollte die NPD marschieren – Multikulti waren die Antifaschisten. Der Polizei gelang es nicht, die Antifaschisten zu spalten – im Gegenteil, die Organisatoren behielten den Überblick, ließen keine Gerüchte aufkommen und sorgten dafür, dass sich möglicherweise bietende Schlupflöcher umgehend blockiert wurden. Ihnen sei an dieser Stelle ein besonderer Dank ausgesprochen. Doch trotzdem heißt



Horst Selbinger Foto: Christian Jäger

es, wachsam zu bleiben: Am Abend des 29. April gab es schon wieder einen rassistischen Überfall, als zwei Männer, die Eingangstür der Flüchtlingsunterkunft im Bezirk Treptow-Köpenick anzündeten und den Hitlergruß zeigten. **Frieder Böhne**

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78
Internet: berlin.vvn-bda.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto: Postbank Berlin
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05
BIC: PBNKDEFF

Hamburger VVN-Termine. Bis 25. Mai »Monat des Gedenkens Eimsbüttel«

Donnerstag, 8. Mai, 19 Uhr

Arie Goral und Steffi Wittenberg: »...richtig verstanden hat man das erst nach der Rückkehr!«
 Veranstalterinnen: Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchter- und Mechadasch e. V.
 Ort: Dr.-Alberto-Jonas-Haus, Karolinenstraße 35 (U2, Messehallen).

Sonntag, 11. Mai, 11 Uhr

Gedenken für die Opfer von Faschismus und Krieg. Zum Tag der Befreiung »8. Mai 1945«
 Ort: Friedhof Ohlsdorf, gegenüber Krematorium »Hamburger Bestattungsforum Ohlsdorf«, am Mahnmahl.

Dienstag, 13. Mai, 19 Uhr

Witness-Theater Hamburg: »Spielt nicht mit den Lehmanns-Kindern!«
 Theaterstück um Steffi Wittenberg und Marianne Wilke.
 Veranstalterinnen: Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchter- und Mechadasch e. V. und VVN-BdA Hamburg.
 Ort: Dr.-Alberto-Jonas-Haus, Karolinenstraße 35 (Nähe U2, Messehallen).

Donnerstag, 15. Mai, 11 Uhr

Verboten - verbrannt - vergessen? Mai 1933: Zuerst brannten die Bücher... 14. Marathon-Lesung aus den verbrannten Büchern - Hamburg liest gegen das Vergessen.
 Ort: Gedenkplatz der Bücherverbrennung am Isebek-Kanal, Kaiser-Friedrich-Ufer/Ecke Heymannstraße.

Dienstag 20. Mai, 19 Uhr

Erschießungen in den Winsbergen – was wurde aus den Tätern?
 Ort: Stadtteilkulturzentrum Eidelstedter Bürgerhaus, Alte Elbgaustraße 12.

Sonntag, 25. Mai, 17 Uhr

Film und Gespräch »Der Tag, an dem die Bücher brannten«, D 2003, von Henning Burk.
 Der Dokumentationsfilm will den spannungsreichen Ablauf der vierwöchigen »Aktion wider den undeutschen Geist« nachvollziehen und die Hintergründe des abgrundtiefen deutschen Wahns beleuchten.
 Gesprächsgast: Marut Perle.
 Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10.

Donnerstag, 26. Juni, 17 Uhr

Hingerichtet in Hamburg. Zum Gedenken an Erich Heins, Karl Kock, Hans Köpke, Otto Mende, Ernst Mittelbach, Walter Reber, Wilhelm Stein, Paul Thürey, Kurt Vorpahl und Oskar Voss – Zehn Hamburger Widerstandskämpfer aus der Gruppe um Bernhard Bästlein, Franz Jacob und Robert Abshagen, die vor 70 Jahren am 26. Juni 1944 im Untersuchungsgefängnis Hamburg enthauptet wurden.
 Ort: Friedhof Ohlsdorf, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer.

Sonntag, 29. Juni, 17 Uhr

Film »Verboten - Verfolgt - Vergessen«, Daniel Burkholz, D 2013
 Über die Verfolgung der politischen Opposition in der Adenauerzeit.
 Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10.

Maßstäbe für Dokumentation und Analyse des kommunistischen Widerstands gesetzt

Nachruf auf Ursel Ertel-Hochmuth

Unsere Kameradin Ursel Ertel-Hochmuth ist am 25. Februar gestorben. Wir vermissen sie und ihre wichtigen Beiträge zur Geschichte des Widerstands gegen den Faschismus ebenso wie ihre Erinnerungen an die frühe Zeit der VVN, die uns »Jungen« zumindest in Ansätzen eine Vorstellung davon vermittelt haben, »wie es damals war«.

Ursel wurde am 19. Februar 1931 in Hamburg geboren. Ihr Vater Walter Hochmuth war seit 1931 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. 1933 ging er in die Illegalität, 1934 konnte er nach Frankreich fliehen, fiel nach der Besetzung Frankreichs in die Hände der Gestapo. Er kam in Hamburg in Gestapo-Haft, und der Volksgerichtshof verurteilte ihn zu einer hohen Zuchthausstrafe. Ihre Mutter Katharina Hochmuth wurde schon 1933 ein erstes Mal verhaftet, weil sie sich am Widerstand beteiligt hatte. Gegen Kriegsende war sie im KZ Ravensbrück inhaftiert.

Beide Eltern überlebten die Naziverfolgung. Ihre Ehe ging in dieser Zeit in die Brüche. Nach der Scheidung heiratete Katharina 1941 Franz Jacob, der in dieser Zeit aus dem KZ Sachsenhausen entlassen worden war und für Ursel zu einem zweiten Vater wurde. Franz Jacob war zunächst einer der führenden

Organisatoren des kommunistischen Widerstands in Hamburg und ab 1943 auf Reichsebene in Berlin. Vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, wurde Franz Jacob im Herbst 1944 in Brandenburg hingerichtet.

Diese drei Menschen haben Ursel persönlich und politisch geprägt. Sie versuchten, Ursel trotz der widrigen Umstände und ständigen Gefahr eine relativ behütete Kindheit zu ermöglichen. Dennoch hatte Ursel als Kind harte Zeiten zu verkraften – den Besuch bei der Mutter im Gefängnis in Lübeck als Vierjährige. Die Besuche beim Vater in der Hamburger Gestapozentrale im Stadthaus 1943; da war sie zwölf. Dann, als Dreizehnjährige, 1944, die Hinrichtung ihres Stiefvaters Franz Jacob und die erneute Haft ihrer Mutter – bis zur Befreiung – im KZ Ravensbrück.

1945 wurde Ursel Mitglied der Freien Deutschen Jugend, fünf



Bilduntertitel: Ursel Hochmuth, rechts (mit ihrer Schwester Ilse Jacob)

Jahre später der KPD. Nach dem Realschulabschluss ging sie 1950 in die gerade gegründete DDR, machte dort Abitur und studierte in Leipzig Germanistik. Der Wechsel in die DDR dürfte auch deshalb attraktiv gewesen sein, weil in Berlin ihr Vater Walter Hochmuth und ihr Bruder Peter lebten.

Zurück in Hamburg wäre sie gern ihrer Ausbildung entsprechend Lehrerin geworden, aber das Leipziger

Staatsexamen wurde hier nicht anerkannt. Als ihr in dieser Situation eine hauptamtliche Funktion in der Jugendarbeit der in die Illegalität gedrängten KPD angeboten wurde, erschien ihr das als eine sinnvolle, notwendige und attraktive Tätigkeit ganz in der Tradition ihrer Eltern und des Widerstands gegen den Faschismus, und sie sagte zu.

Ihre Arbeit war mit vielen Reisen verbunden, auch ins Ausland. Zu den

Günther-Schwarberg-Weg

Am 17. April wurde in Hamburg-Schnelsen eine Straße nach dem langjährigen Mitglied der VVN-BdA Hamburg Günther Schwarberg benannt. In Detlef Garbes Rede anlässlich der Einweihung heißt es:

»Nicht nur mit seiner unermüdlichen Recherche und dem jahrzehntelangen Einsatz zur Aufdeckung des schrecklichen Schicksals der Kinder vom Bullenhuser Damm, sondern auch mit zahlreichen weiteren, weniger bekannten Aktivitäten hat sich Günther Schwarberg um die Aufarbeitung der NS-Verbrechen hoch verdient gemacht. Als er 1978 zum ersten Mal an der Mordstelle der 20 Kinder im Keller des Schulgebäudes am Bullenhuser Damm stand, so berichtete es Günther Schwarberg später immer wieder, da habe eine alte Frau gesagt: ‚Weinen reicht nicht. Man muss kämpfen.‘

Ja, er kämpfte. Gemeinsam mit seiner Frau Barbara Hüsing kämpfte er zehn Jahre lang mit vollem Einsatz für eine Wiederaufnahme des 1967 mit skandalöser, aber im damaligen Zeitgeist liegender Begründung eingestellten Ermittlungsverfahrens gegen Arnold Strippel, bis 1945 Stützpunktleiter aller Hamburger Außenlager des KZ Neuengamme. Auch wenn die Strafverfolgung scheiterte, so war dieser Kampf nicht vergebens, denn er lenkte die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit anhand dieses besonders markanten



Günther Schwarberg, Gedenken zur Ehrung von Fiete Schulze, 1981, Quelle: die tat, 12.06.1981

Beispiels auf die unerträglichen Unzulänglichkeiten bei der justiziellen Aufarbeitung der NS-Verbrechen.

Ohne Zweifel hat sich Günther Schwarberg damit um unser Land und unsere Stadt verdient gemacht und es ist deshalb sehr zu begrüßen, dass er durch den Bezirk Hamburg-Eimsbüttel mit der Benennung eines Weges und der Anbringung einer Gedenktafel geehrt wird.«



Buch über die 999er

Ursula Suhling, die Tochter von Carl Suhling, der als 999er-Strafsoldat während des Zweiten Weltkrieges starb, berichtet in ihrem neuesten Buch über ca. 2.000 politische Gegner der NS-Herrschaft, die seit 1933 verfolgt, inhaftiert und misshandelt wurden. Von 1942 an zwang sie das Regime als Strafsoldaten in das »Bewährungs«-Bataillon 999. In vier Massentransporten wurden sie vom damaligen Hannoverschen Bahnhof (in der Nähe des Hauptbahnhofs) zunächst zum Ausbildungslager Heuberg in der Schwäbischen Alb deportiert. Ihre späteren Bestimmungsorte waren die gefährlichsten Einsätze an der Front. Nur wenige von ihnen haben überlebt.

Ursula Suhling fordert, das Andenken an die deportierten Hamburger des »Bewährungs«-Bataillons 999 in die offizielle Gedenkeinrichtung am Lohseplatz, dem Vorplatz des ehemaligen Hannoverschen Bahnhofs, aufzunehmen.

Ursula Suhling, 999er Strafsoldaten – deportiert vom Hannoverschen Bahnhof. Hamburger Antifaschisten in Wehrmachts-Uniform, VSA-Verlag, 2014, 8 Euro

Höhepunkten zählte ihre Teilnahme an den Weltjugendfestspielen in Wien 1959 und in Helsinki 1962, die Ursel aktiv mit vorbereitet hatte. Wir erfuhren von diesem spannenden Kapitel in ihrem Leben, als sich der Präsident der FIR Michel Vanderborgh am Rande des Bundeskongresses 2008 bei der Hamburger Delegation nach Ursel Hochmuth erkundigte – er hatte damals die belgischen Jungkommunisten vertreten.

In jener Zeit verfasste sie auch ihr erstes Buch über den kommunistischen Widerstand in Hamburg und Norddeutschland während des Zweiten Weltkrieges, die »Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe«. Es erschien 1959 in der DDR unter dem Pseudonym Ursula Puls – zum Schutz der in Hamburg lebenden Autorin auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges.

Ein neuer Lebensabschnitt begann zu Beginn der 1960er-Jahre mit der Familiengründung und dem Ausscheiden aus der hauptamtlichen Parteiarbeit. Sie hatte auf der Parteschule in der DDR Paul Ertel kennengelernt und ihn 1964 geheiratet. 1964 wurde Susan, 1966 Martin geboren. Die Ehe wurde zwar 1969 geschieden; Ursel und der in

Hamburg lebende Paul blieben aber zeitlebens in Verbindung.

Ab 1970 arbeitete Ursel als Dokumentarin bei dpa, zugleich war sie alleinerziehende Mutter zweier Kinder. Trotz dieser Doppelbelastung beteiligte sie sich an politischen Aktivitäten der DKP-Wohngebietsgruppe in Winterhude, der Gedenkstätte Ernst Thälmann, der damaligen Vereinigten Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten, heute VVN-BdA, der Friedensinitiative Jarrestadt.

Hochschwanger schrieb Ursel noch an einem der letzten Kapitel der »Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand«, das sie 1969 gemeinsam mit Gertrud Meyer veröffentlichte. Bis heute sind die »Streiflichter« das Standardwerk, mit dem jede Forschung über den Hamburger Widerstand beginnt.

Zu Ursels umfassender Darstellung »Illegale KPD und Bewegung Freies Deutschland in Berlin und Brandenburg 1942-1945. Biographien und Zeugnisse aus der Widerstandsorganisation um Saefkow, Jacob und Bästlein«, die in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand entstand, schrieb deren

Leiter Prof. Dr. Johannes Tuchel an Herbert Diercks: »Ihr großes Werk hat bis heute Maßstäbe für die Dokumentation und Analyse des kommunistischen Widerstands in der Kriegszeit gesetzt.«

1996 ging Ursel in den Un-Ruhestand. Diverse eigene Buchprojekte, das Kuratorium Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer, die Redaktion der Ravensbrück-Blätter und der geschäftsführende Vorstand der VVN-BdA Hamburg beanspruchten nun ihre Zeit. Ihre Kinder und Ilse erinnern sich aber auch für diese Jahre an schöne Reisen, Freuden in der Familie, beispielsweise anlässlich der Geburt ihres Enkels Mika 2002, an ihren trockenen Humor, an Familienfeste mit persönlichen, politischen Freundinnen und Freunden.

Alters- und krankheitsbedingt schwanden die Kräfte und bedingten einen Rückzug aus ihrer gesellschaftspolitischen Arbeit. Zu Hause arbeitete sie am Schreibtisch, solange es irgend ging und stand uns noch immer mit Rat, Recherche in ihrem umfangreichen Archiv und Auskunft zur Seite.

Bei der Beisetzung ihres Schwagers Benno Wormbs am 10. Februar haben

viele von uns sie zum letzten Mal gesehen und gesprochen. Am 19. Februar wurde im engsten Familienkreis ihr Geburtstag gefeiert; es war ein Abschied. Am 25. Februar ist Ursel gestorben. In unserer Erinnerung wird Ursel noch lange präsent bleiben, und dann gibt es noch ihre Bücher, die an sie und ihr Lebensthema erinnern, und die kein ernsthafter Forscher und keine Forscherin über Widerstand und Verfolgung ignorieren kann. Danke, Ursel.

Dieser Nachruf basiert auf der Rede, die Herbert Diercks zur Trauerfeier für Ursel am 14. März gehalten hat. Wir danken ihm dafür.

Cornelia Kerth

Redaktion: H. J. Meyer
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesverein 20359 Hamburg
Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!

Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, Haspa,
IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183
BIC: HASPDEHHXXX

Erinnerung an die Verbrechen der Kriegsendphase im April 1945 in Hannover:

Gedenkorte für lang vergessene Opfer

In eindrucksvollen Gedenkveranstaltungen wurde auch in diesem Jahr in Hannover der Tage im April 1945 gedacht, an denen die Faschisten ihre letzten grausamen Verbrechen begingen, als die Befreiung der Stadt durch US-Truppen unmittelbar bevorstand.

Seelhorst

Am 6. April wurden von der Gestapo auf dem Seelhorster Friedhof 154 Gefangene (153 Männer und eine Frau) erschossen, die aus verschiedenen Lagern aus der weiteren Umgebung in Hannover zusammengetrieben worden waren, KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter aus dem gesamten ehemaligen Machtbereich der faschistischen Wehrmacht. Sie wurden anschließend in Massengräbern verscharrt. In weiteren Massengräbern befanden sich auf diesem Friedhof insgesamt 386 Tote. Nach der Befreiung, am 2. Mai, wurden sie auf Anordnung der Befreier exhumiert und in einem Ehrengrab am Maschsee-Nordufer beigesetzt. Über die Feierlichkeiten zum Tag der Befreiung an dem dort errichteten Mahnmal wurde an dieser Stelle mehrfach berichtet. Auf Initiative der IG Metall wurde in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Hannover in Seelhorst

ein Gedenkstein errichtet, an dem traditionell am 6. April der Toten gedacht wird. In diesem Jahr sprachen Bürgermeister Klaus Dieter Scholz und Sascha Dudzik von der IG Metall. Anwesend waren auch Vertreter der Russischen Föderation und der Republik Belarus.

KZ Ahlem

Der »Arbeitskreis Bürger gestalten ein Mahnmal« gedachte auch in diesem Jahr am 10. April mit dem traditionellen Ökumenischen Gottesdienst der Befreiung der Überlebenden des Außenlagers des KZ Neuengamme. Dort sollte ein Asphaltstollen gegrade-



Während der Begehung des Lagergeländes

Schülerinnen und Schüler der Heisterbergschule am Mahnmal



Foto: rwk

ben werden, um Teile der Produktion der Continental AG bombensicher zu verlagern. Auch in diesem Lager herrschten Arbeits- und Lebensbedingungen, die Vernichtung durch Arbeit bedeuteten.

Schülerinnen und Schüler der benachbarten Heisterbergschule wirkten wieder bei der Veranstaltung mit. Im Anschluss fand eine Begehung des eigentlichen Lagergeländes statt. Herr Dr. Kreter vom Projekt Erinnerungskultur der Landeshauptstadt erläuterte mit Lageplänen die Örtlichkeiten und berichtete über die Pläne zur Sicherung der Funde und zur Einrichtung eines Bodendenkmals.

KZ Limmer

Auch auf dem Gelände der Conti-Werke in Hannover-Limmer befand sich von Juni 1944 bis April 1945 ein Außenlager von Neuengamme, in dem etwa 1.000 französische und

polnische Frauen für die faschistische Kriegsproduktion eingesetzt wurden. Vor der Befreiung Hannovers, am 6. April, wurde das Lager aufgehoben und die Frauen auf einen Todesmarsch nach Bergen-Belsen getrieben. Den Marsch und die fürchterlichen Bedingungen in Bergen-Belsen vor der Befreiung überlebten viele Frauen nicht. Das Lager geriet lange in Vergessenheit, das Gelände wurde von der Conti-AG überbaut, die jede Verantwortung für die Vergangenheit von sich wies. 1987 endlich errichtete eine Initiative aus Limmer einen Gedenkstein am Rande des ehemaligen Lagergeländes.

Gedenkstein in Limmer



Foto: Steffen Meier

In diesem Jahr führte die Initiative erstmals eine Gedenkstunde durch. Der Bezirksbürgermeister Rainer-Jörg Grube und Bernd Strauch, Bürgermeister der Landeshauptstadt, hielten Gedenksprachen. Es sang der DGB-Chor Hannover.

Fest der Kulturen in Peine

Wie schon 2013, setzt auch in diesem Jahr das »Peiner Bündnis für Toleranz« ein machtvolles Zeichen unter dem Motto »Fest der Kulturen – bunt statt braun« gegen rechtsextremes Gedankengut. Anfang Juni treffen sich Rechtsradikale, deshalb wird am Samstag, 14. Juni, von 11 bis 15 Uhr in der Peiner Innenstadt von ca. 40 gesellschaftlichen Gruppen, Vereinen, Verbänden und Parteien ein buntes Fest mit viel Kultur und Infoständen gefeiert. Wenn es notwendig sein sollte, kann auch auf den 7. Juni ausgewichen werden. Weitere Akteurinnen und Akteure können sich unter peinerbuenndnis-fuertoleranz@web.de anmelden.

Peter Baumeister

Deutsche Stimme abschalten! Keine Ruhe für Nazis und Rassisten!
 Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Deshalb am 21. Juni 2014 auf nach Riesa in Sachsen!

Zeitplan:

- Abfahrt in Hannover ZOB 06.30 Uhr
 - Beginn der Veranstaltung in Riesa 12 Uhr
 - Verschiedene Aktionen, Demo Auftakt 14 Uhr
 - Ende in Riesa gegen 19 Uhr
 - Rückankunft Hannover ZOB gegen 00.30 Uhr
- Sicherlich können an der Strecke z. B. an den Raststätten PE, BS, HE oder Magdeburger Börde Teilnehmer/-innen zusteigen.
 Fahrpreis bei vollem Bus: 25,00 Euro

Rückantwort bis 20. Mai 2014:

- Ich / Wir werden teilnehmen und kommen mit ___ Personen/allein.
- Wir möchten in _____ zusteigen.
- Ort, Datum _____
- Unterschrift _____
- Anschrift oder E-Mail _____

(Nichtzutreffendes bitte streichen, ggf. Text entsprechend verändern!)

Anmeldungen an: Klaus Meier
 Mail: klaus.meier@onlinehome.de
 oder postalisch an VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V.,
 Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Teilnahmebeitrag mit dem Vermerk »Riesafahrt« auf das Konto der Landesvereinigung Niedersachsen:
 Konto-Nr. 7510307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30

Bilder faschistischer Berichterhalter aus dem besetzten Warschau

»Im Objektiv des Feindes«

Am 7. April wurde in der Ada- und Theodor-Lessing-Volkshochschule Hannover eine Ausstellung eröffnet, die Aufnahmen deutscher Kriegsberichterhalter von 1939-1945 aus dem besetzten Warschau zeigt.



Prof. Dr. Eugeniusz Cezary Król bei der Einführung in die Ausstellung

Die meisten Bilder stammen von eigens dafür ausgewählten Propagandakompanien, die den Feldzug, den Besatzungsterror und den Vernichtungskrieg an der Heimatfront legitimieren sollten.

Die Ausstellung gliedert sich in sechs Abschnitte:

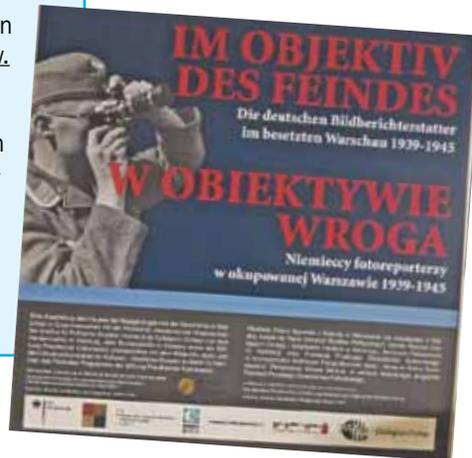
- Die Zeit nach der Kapitulation Polens mit Bildern der zerstörten Stadt, Rückkehr der Bewohner und dem Einmarsch der Wehrmacht

- Schikanen und Terror gegen Polen, Bekanntmachungen und Todeslisten
- Militärparaden zum 1. Jahrestag der Besetzung
- Zustände im Ghetto
- Warschauer Aufstand
- Niederschlagung und Ende des Aufstands

Eine Einführung in die Ausstellung gab Prof. Dr. Eugeniusz Cezary Król, Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau.

Die Ausstellung wurde schon an mehreren Orten gezeigt (www.federales-programm.de).

Sie ist in einem umfangreichen zweisprachigen Katalog dokumentiert: Jackiewicz, Danuta; Król, Eugeniusz Cezary: W OBIEKTYWIE WROGA / IM OBJEKTIV DES FEINDES; Warszawa 2008



Das Plakat zur Ausstellung

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de

VVN-BdA Landesvereinigung
Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16,
30161 Hannover, Tel.: 0511-331136,
FAX: 0511-3360221,
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Redaktion: Michael Rose-Gille

»Für Sofia Stanislawka«

In Rühren, am authentischen Ort des ehemaligen sogenannten Ausländer-Kinder-Pflegeheims des Volkswagenwerkes, in dem heute der Bulldog-Club Drömling seinen Sitz hat, enthüllen die VVN-BdA Wolfsburg und der IG Metall Wohnbezirk Brome am 9. Mai um 17 Uhr eine Mahn- und Gedenktafel.



Waldemar Krassmann, einer der zwei Überlebenden des »Kinderheimes« in Rühren. Foto: M. Hartung

zwei noch Überlebenden, wohnhaft in Wolfsburg und der Ukraine, anwesend sein werden. Schülerinnen und Schüler der 6. Realschulklassen in Rühren werden einen Beitrag leisten. Sie sind leider die einzigen Unterstützer unseres Anliegens in dem Ort. Sowohl der Bürgermeister als auch der Pfarrer verhalten sich ablehnend.

Da uns formal keine Genehmigung zur Aufstellung der Mahn- und Gedenktafel erteilt wurde, wird sie zunächst nur vorübergehend am 9. Mai im Beisein von NDR und Presse enthüllt.

VVN-BdA Wolfsburg

Sie trägt die Aufschrift: »Für Sofia Stanislawka, 7 Monate, und für die anderen Säuglinge und Kleinkinder« und erinnert daran, dass den bei Volkswagen eingesetzten Zwangsarbeiterinnen, überwiegend aus Polen, Russland, Weißrussland und der Ukraine, bereits wenige Tage nach der Geburt ihre neugeborenen Kinder weggenommen und in den Kinderlagern in Rühren durch bewusste Vernachlässigung und mangelnde Pflege zu Tode kamen. Das betraf mehr als 350 Säuglinge, nur wenige überlebten. Wir freuen uns, dass die einzigen bekannten

»La vita continua«

Vor drei Jahren haben die Shoah-Überlebende Esther Bejarano und die Kölner Rap-Künstler Kutlu Yurtseven und Signore Rossi von Microphone Mafia begonnen, ihr künstlerisches Können und politisches Engagement in einem Projekt zusammenzuführen.

Es bittet Esther Bejaranos Erfahrungen von Verfolgung und Gefangenschaft in eine Mischung aus Gedichten, Texten, HipHop und Klezmer ein. Ihre Texte und Lieder sind Manifest des antifaschistischen Kampfes und Stellungnahme gegen das Vergessen von Verfolgung, Entrechtung und Mord.

Eine Veranstaltung des DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen in Kooperation mit dem Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen.



Esther und Microphone Mafia
Fotos: Jutta Harnisch

»La vita continua«, Konzert mit Esther Bejarano, Kutlu Yurtseven und Signore Rossi von Microphone Mafia, Samstag, 24. Mai, 19.00 Uhr, CD Kaserne, Hannoversche Str. 30b, Celle

»Wir brauchen das einheitliche friedliche Haus Europa«

Erinnerung an NS-Opfer der Kriegsendphase

In der Wenzelnbergschlucht bei Solingen, in der Bittermark bei Dortmund, in Lünen, Lippstadt und Dortmund-Brackel kamen im April wieder zahlreiche Menschen zusammen – allein in Dortmund 2.000 –, um der Opfer der Gestapo zu gedenken, die kurz vor Kriegsende umgebracht wurden. Im gesamten »Reich« wurden 700.000 Menschen ermordet. Bei den Veranstaltungen, an denen die VVN-BdA in vielfältiger Weise mitwirkte, wurden die Mahnungen vor der Wiederholung mit aktuellen Aussagen gegen Militär und Neonazis verbunden. Redetexte siehe nrw.vvn-bda.de

Die weitere Aufarbeitung der Nazidiktatur nach 1945, die nicht in dem Maße verlief, wie es die Opfer und die Gegner des Faschismus erhofft und gefordert hatten, bleibt unsere Aufgabe. Das stellte Ernst Söder, Vorsitzender des Fördervereins Steinwache/Internationales Rombergparkkomitee, in seiner Gedenkrede am Karfreitag, den 18. April 2014, in der Bittermark fest. Ernst Söder prangerte den angekündigten Verfassungsbruch des Bundespräsidenten an, der weltweite militärische Einsätze der Bundeswehr gefordert hatte.

Die traditionelle Gedenkfeier der Stadt Dortmund war in diesem Jahr ganz besonders eindrucksvoll. Vertreter von Borussia Dortmund und der Jugendgruppe »Botschafter der Erinnerung« hatten ebenso zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen wie die 700 Teilnehmer des Heinrich-Czerkus-Laufes, ein Gedenklauf, der nach einem der 300 in der Bittermark Ermordeten benannt ist.

Aus der Rede von Ulrich Sander am Ostersonntag in Lippstadt

»Wir sprechen die Erwartung aus, dass endlich in unserem Land nicht nur die Männer des 20. Juli geehrt werden, sondern auch der Arbeiterwiderstand. Wenn den Lippstädter Opfern der Gestapo in einer ominösen Anklageschrift vorgeworfen wurde, für ein Pan-Europa mit Einschluss Sowjetrusslands eingetreten zu sein, so ehrt sie das. Wir haben angesichts der gefährlichen Entwicklung in Osteuropa daran zu erinnern: Wir brauchen das einheitliche friedliche Haus Europa – und dazu gehört nicht nur das EU-Europa. Die derzeitigen antirussischen Kampagnen der NATO und der EU sind unverantwortlich. Es entstand eine gefährliche Situation in Europa – eine Situation, die wir nicht für möglich gehalten haben. Wir erinnern daran, dass das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr nur zur Verteidigung vorsieht. Wir haben die deutschen Politiker aufgerufen, solche grundgesetzwidrigen Vorschläge wie

deutsche Soldaten und Waffen an die russische Grenze heranzuführen, endlich zu unterlassen.«

Aus der Rede von Jochen Vogler, Landessprecher der VVN-BdA, am 6. April in der Wenzelnbergschlucht

»Dass das Verbrechen hier am Wenzelnberg bekannt wurde, verdanken wir vor allem Karl Bennert aus Solingen. Die Widerstandsgruppe von Karl Bennert sorgte dafür, dass Solingen kampfflos an die Amerikaner übergeben wurde und verhinderte damit weiteres Blutvergießen kurz vor der Befreiung. Solingen hat Karl Bennert viel zu verdanken. Wann endlich erfährt er eine Würdigung im öffentlichen Raum?

Karl Bennert wurde nach 1945 wegen seines Engagements gegen die Remilitarisierung zu einer neunmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt, wobei ihm die 19-monatige Gefängnisstrafe von 1934 wegen Staatsgefährdung als Vorstrafe gewertet wurde. Die nach wie vor wirkende antikommunistische Doktrin dieses Landes hatte beim Aufbau der Bundesrepublik auch ihre Grundlagen in den personellen Kontinuitäten. In Schlüsselfunktionen in Justiz, Verwaltung, Politik und beim Aufbau der Bundeswehr saß Personal, das in diesen Funktionen schon während der Nazizeit als Fachpersonal tätig war.«

Naziaufmarsch: Neues Bündnis BlockaDO Verbot und/oder Blockade?

Dortmund war in den vergangenen Jahren Schauplatz zahlreicher Faschisten-Aufmärsche. Ob am 1. Mai oder am Antikriegstag 1. September – kein Datum verstrich ohne Aufmarsch. In diesem Jahr wollte die Nachfolge-Organisation des 2012 verbotenen »Nationalen Widerstands« mit einem Fackelmarsch am Vorabend des 1. Mai und am 1. Mai selbst aufmarschieren. Dortmunds neuer Polizeipräsident Gregor Lange folgt dem Beispiel seiner Vorgänger und hat beide Aufmärsche verboten.

»Der Versuch, den Faschisten-Aufmarsch zu verbieten, ist zu begrüßen«, so Iris Bernert-Leushacke vom Bündnis »Dortmund stellt sich quer« (DSSQ) und zugleich Landesprecherin der VVN-BdA. »Aber leider zeigen die Gerichtsurteile der Vergangenheit, dass Nazis immer wieder hier und anderswo mar-

blockieren.« Und Iris Bernert-Leushacke ergänzt: »Die antifaschistischen Kräfte, die in den vergangenen Jahren in vielfältigen Aktionen, jedoch nebeneinander her gegen Nazi-Aufmärsche aufgetreten sind, haben seit März ihre Kräfte in einem neuen, übergreifenden Bündnis, BlockaDO,



gebündelt.« Das neue Bündnis BlockaDO, dem unter anderem auch »Dortmund stellt sich quer« und das »Bündnis Dortmund gegen Rechts« angehören, bereitet sich trotz des ausgesprochenen Verbots auf die Blockade des Nazi-Aufmarsches vor. – Wenn dieser Beitrag erscheint, hat das Verbot des Naziaufmarsches hoffentlich Bestand gehabt – oder die Blockade hat gewirkt. I. B.-L.

Am Jahrestag der Morde in der Wenzelnbergschlucht. Foto: Gisela Blomberg



Ostermärsche in NRW mit Aussagen gegen Nazis und Militaristen

Anklage gegen NATO-Politik

In vielen Städten Nordrhein-Westfalens fanden in diesem Jahr wieder die Ostermärsche statt. Der Ostermarsch Rhein/Ruhr stand ganz im Zeichen von Antimilitarismus, Antiatom und Antifaschismus.

Auf Transparenten forderten insgesamt rund zweitausend Teilnehmer

Auf einer Zwischenkundgebung auf dem Friedensplatz in Dortmund vor

den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und eine noch stärkere Bekämpfung der rechtsextremistischen Gruppierungen. Die »ewig Gestrigen« dürften angesichts der bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament keine Chance haben, erklärten Sprecher des örtlichen Bündnisses gegen rechts in Dortmund. Zur Ukraine sei das Fazit eindeutig: Der Hauptverursacher der politischen und militärischen Krise in und um die Ukraine sei nicht Russland, sondern der Westen: »Die EU-Osterweiterung und das Heranrücken der NATO an die russischen Grenzen konnten nicht unbeantwortet bleiben.«



Ostermarsch Rhein/Ruhr – angekommen in Düsseldorf vorm Rathaus. Foto: Koopmann

dem Rathaus kritisierten Sprecher der Ostermarschierer auch die zivilmilitärische Zusammenarbeit der Bundeswehr mit Rathäusern und Landratsämtern. Seit Aussetzung der Wehrpflicht werbe die Bundes-

wehr mit erheblichem finanziellen Aufwand auf Berufsbildungsmessen, in Jobcentern und auf öffentlichen Plätzen um Freiwillige. Über Kooperationsvereinbarungen mit den Schulministerien habe die Bundes-

wehr zudem auch in NRW Zutritt zu den Schulen. Joachim Schramm von der Deutschen Friedensgesellschaft sagte, dies sei gerade in einem Jahr, in dem der Beginn des Ersten Weltkrieges sich zum 100. und der des Zweiten Weltkrieges sich zum 75. Mal jährt, unverantwortlich.

Die Teilnehmer aus der Friedensbewegung forderten ein Ende dieser Militarisierung sowie ein Verbot von Rüstungsexporten, die Schließung von NATO-Einrichtungen in NRW und eine Erziehung zum Frieden an den Schulen. »Rüstung und Militär lösen keine Konflikte. Das Überleben der Menschen ist nur durch Abrüstung und Frieden möglich«, hieß es auf Flugblättern.

US/J.Sch



Ehrung für Hannes Bienert

Die Stelen zur Erinnerung an die 87 von den Nazis ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger am Nivellesplatz in Wattenscheid und die Namensgebung für den Betti-Hartmann-Platz vor dem Wattenscheider Rathaus: Das sind zwei Beispiele für das unermüdliche, jahrzehntelange Eintreten von Hannes Bienert für Frieden, Demokratie und »gegen das Vergessen«. Für dieses Engagement wurde Hannes Bienert, der am 12. Februar dieses Jahres 86 Jahre alt wurde, von der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen mit der Dr.-Otto-Ruer-Ehrenmedaille ausgezeichnet.

Hannes hat viel zu erzählen – es lohnt sich, ihm zuzuhören. Das gelingt, wenn man ihm beim Ostermarsch begegnet, aber auch bei der Aufführung des Films über ihn. Der Film wurde in den Jahren 2012 und 2013 gedreht. Hannes erzählt aus seinem Leben und spricht über die Beweggründe seines Handelns. Freunde und Mitstreiter kommen ebenfalls zu Wort. Ein persönliches Statement von Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz ist auch dabei.

Siegerer fahren zum 69. Jahrestag der Selbstbefreiung nach Buchenwald

Das Erinnern überlebt die Zeitzeugen

Mehr als vierzig Personen aus dem Kreisgebiet Siegen, darunter viele junge Gewerkschafter, waren im April dem Aufruf der VVN-BdA, der DGB-Jugend Südwestfalen und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gefolgt und nahmen an den Gedenkveranstaltungen zum 69. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald bei Weimar teil.

Neben der offiziellen Gedenkfeier, der die Teilnehmenden gespannt folgten, organisierten die Mitglieder der VVN-BdA erstmals einen Rundgang zu den wichtigsten Plätzen des inneren Lagerbereichs. Mit Biografien Siegerländer Häftlinge vermittelten sie den Teilnehmern einen bewegenden Eindruck vom Leiden und Sterben der Häftlinge. Christian Krüger und Alican Sevim von der DGB-Jugend: »Die regionalen Bezüge zu Häftlingen aus dem Siegerland waren für mich besonders beeindruckend, zeigen sie doch, dass auch in unserer Region Diskriminierung und Verfolgung stattfanden.«

Am Platz des ehemaligen Krankenreviers erinnerte Verena Stamm von der VVN-BdA an die Leistungen des Siegener Kommunisten Walter Krämer, der als »Arzt von Buchenwald« vielen Häftlingen das Leben rettete. Erinnert wurde auch an den jugendlichen Sinto Anton Wagner, der mit seiner Familie von Eschenbach bei Netphen nach Auschwitz und von dort in das Lager Buchenwald deportiert wurde. Er musste Zwangsarbeit in den Rüstungsbetrieben leisten und starb im März 1945, einen Monat vor der Befreiung, im Außenlager Mittelbau-Dora.

Bertrand Herz, überlebender Häftling und Vorsitzender des internationalen Buchenwaldkomitees, betonte während der offiziellen Gedenkfeier in seiner Ansprache vor über 600 Menschen die Verantwortung der jungen Generation: »Das Bewusstsein für die Geschichte und das Gedenken darf nicht mit dem letzten Zeitzeugen enden.«

Ihm und den folgenden Rednern ging es vor allem um den Widerstand im mörderischen KZ: Ein Widerstand nicht nur unter den Häftlingen, die am 11. April 1945 »bewaffnet die Henker verjagten«, sondern auch jener, die sich bemühten, »ihre Kameraden vor den Greueln der Nazis zu schützen« und ihnen dabei halfen, ihre Würde als Menschen zu bewahren.

Aus einer Mitteilung des DGB Siegen

Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW

Gathe 55, 42107 Wuppertal,

Telefon: 0202 / 45 06 29

E-mail: nrw@vvn-bda.de

Viele weitere Informationen, fast täglich neu, sind unter www.nrw.vvn-bda.de zu finden.

Wir bitten um Spenden für unsere Arbeit.

Unser Spendenkonto:

Die neue Kontonummer ist: Postbank Essen,

IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35

BIC (SWIFT): PBNKDEFF

Lokale Initiativen wehren sich gegen Neonazi-Mythos der »armen deutschen Opfer«

Mahngang zu NS-Täterspuren in Plauen

Am 12. April folgten mehr als 100 Menschen dem Aufruf des Aktionsbündnisses »Vogtland gegen rechts« und der »Antifaschistischen Gruppen des Vogtlands« (AGV) zum »Mahngang Täterspuren«. Mit dieser Aktion im Nachgang des 69. Jahrestages der schwersten Bombardierung Plaueus durch alliierte Bomberverbände und im Vorfeld der bevorstehenden Nazidemonstration in Plauen am 1. Mai sollten die Spuren der Naziherrschaft sichtbar gemacht werden.

Vom Oberen Bahnhof – hier wurde an die nach Plauen verschleppten Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter erinnert – liefen die Teilnehmer über die Friedensstraße zu einem scheinbar unbedeutenden Garagenkomplex, in dem sich bis 1945 das sogenannte »Braune Haus« befand, ab 1922 Sitz der Ortsgruppe und der Kreisleitung der NSDAP. In Plauen wurde außerhalb Bayerns eine der ersten NSDAP-Ortsgruppen gegründet. Ein Vortrag wies auf die Wichtigkeit Plaueus im Zusammenhang mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten in ganz Deutschland hin. Nicht nur Sachsens Gauleiter Martin Mutschmann war ein Bürger der Stadt, auch der erste Reichsführer der HJ Kurt Gruber stammte aus Plauen.

Die nächste Station war der Standort der ehemaligen Synagoge der jüdischen Gemeinde. 1930 eingeweiht, galt sie als eine der modernsten in Deutschland. 1938 wurde das Meisterwerk des Architekten Fritz Landauer während der Reichspogromnacht, wie viele andere Symbole jüdischen Lebens in Deutschland, von den Nationalsozialisten und ihren Schergen zerstört. Heute erinnert nur ein unscheinbarer Gedenkstein an den Auftakt zur Vernichtung jüdischen Lebens und Kultur in Deutschland und Europa.

Von hier ging es weiter zu den »Ghetto-Häusern«, in denen nach 1938 Plauerer und jüdische Mitbürger aus umliegenden Gemeinden zusammengepfert wurden, von wo aus sie in die Vernichtungslager deportiert wurden. Waltraud Schmidt von der VVN-BdA, die sich seit vielen Jahren mit dem Leben jüdischer Bürger beschäftigt, berichtete über die Geschichte der »Ghetto-Häuser« und dem Schicksal ihrer Bewohner.

Angekommen am einstigen Eingangsbereich der VOMAG-Werke, eines riesigen Areals links und rechts der Weißen Elster, wurde von der wechselhaften Geschichte der 1881 als »Vogtländische Maschinenfabrik J. C. & H. Dietrich«



Die Plauerer Synagoge, 1930 als modernste Synagoge Deutschlands geweiht, wurde am 9. November 1938 durch die SA abgebrannt. Die Feuerwehr hatte lediglich zu sichern, dass der Brand nicht auf benachbarte Gebäude übergriff. Quelle: Stadtarchiv Plauen

gegründeten Firma berichtet. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges begann die Kriegswaffenproduktion für die kaiserliche Armee. Man produzierte LKWs, aber auch verschiedene

Munitionstypen. Zwischen den Weltkriegen wurde auf zivile Produktion umgestellt. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges begann erneut die Kriegswaffenproduktion. Bis zum Ende des Krieges wurden hier mehr als 1000 Panzer und andere Kettenfahrzeuge sowie Flakgeschütze für den deutschen Aggressionskrieg gefertigt. Die VOMAG-Werke waren eine der letzten intakten Rüstungsbetriebe Nazideutschlands.

Egal ob VOMAG oder andere kriegswichtige Güter produzierende Unternehmen in Plauen: Man setzte dazu hunderte aus ihren Heimatländern verschleppte Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen ein. Unter unmenschlichen Bedingungen mussten die Entrechteten und Versklavten arbeiten. Ihr Lohn war oftmals der Tod.

Nach über zwei Stunden endete der Mahngang auf dem Altmarkt mit bedrückenden Worten von Waltraud Schmidt. In den letzten Jahren nutzen Neonazis und Geschichtsrevisionisten die Bombardierung Plaueus, um öffentlich einen deutschen Opfermythos zu zelebrieren. Aber kann eine Stadt, in der die Spuren der Täter deutlich sichtbar sind, nur eine Stadt der armen deutschen Opfer sein, so wie es Neonazis heute immer wieder behaupten, oder ist es eben nicht doch die Stadt der Täter und deren Mitläufer?

Peter Geyer, Greiz

Unterstützung für Asylsuchende durch Ehrenamtliche Bündnis Buntes Radebeul

Vielfältig, vielseitig, lebendig und nicht eintönig. Radebeul wünscht sich, mit diesen Synonymen des Begriffes »bunt« in Verbindung gebracht zu werden. Als Reaktion auf die »Anti-Islamisierung- und-Überfremdungs-Tour« der NPD gründete sich im Herbst 2012 in Radebeul ein Bündnis, welches zu einer Mahnwache aufrief. Weit über 300 Bürger sandten eine friedliche Botschaft gegen die menschenverachtenden Reden. Dies war kein einmaliges Zeichen!

Seit Sommer 2013 gibt es den Verein »Bündnis Buntes Radebeul«, der sich für eine Gesellschaft einsetzt, in der alle Menschen, egal, welcher Hautfarbe und welcher Religion, gleichberechtigt und würdevoll miteinander leben können. Dazu gehört eine angemessene und offene Kommunikationskultur, die der Verein unterstützt und entwickelt. Im April führte der Verein eine Projektwoche in einer Radebeuler Oberschule zum Thema »Fremde und Asyl« durch.

Besonderen Schutz und Unterstützung bedürfen die etwa 120 jungen männlichen Asylsuchenden, die in einem Heim in Radebeul-Naundorf leben – unter Bedingungen, die wir uns nicht vorstellen können. Sie wohnen oft jahrelang zu zweit oder dritt in einem Zimmer,

Arbeitsverbot zwingt sie zu Tatenlosigkeit. Einigen verbietet die Residenzpflicht selbst den Besuch der Nachbarstadt Dresden.

Die Kenntnis der deutschen Sprache und Kultur sind selbstverständlich der Schlüssel für jeden Asylsuchenden, um sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden. Allerdings haben Asylsuchende keinen Anspruch auf Sprachkurse. Das erste Projekt des Vereins waren deshalb kostenlose Sprach- und Alphabetisierungskurse für Asylsuchende. Schnell wurde den ehrenamtlichen Lehrern klar, wo Unterstützungsbedarf besteht.

Sehr gern nehmen die Asylsuchenden unsere Freizeitangebote wahr. Ausflüge in die Umgebung mit Picknick, der Besuch der Porzellanmanufaktur in Meißen oder die Teilnahme am Radebeuler Treppenlauf sind Abwechslungen zum grauen Heimleben.

Behördengänge und Arztbesuche sind eine große Hürde. Eine Gruppe Vereinsmitglieder begleitet Asylsuchende auf diesen Wegen. Es hat sich eine Reihe von Patenschaften entwickelt. Damit noch mehr Begleitung stattfinden kann, werden dringend weitere ehrenamtliche Helfer gesucht.

Eva Oehmichen, Radebeul

V.i.S.d.P. Peter Giersich

Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA,

Strehleener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/4901903,

E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de

Spendenkonto: Commerzbank Dresden

BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE47 8508 0000 0528 2111 00;

(BLZ: 85080000, Konto-Nr.: 528211100)